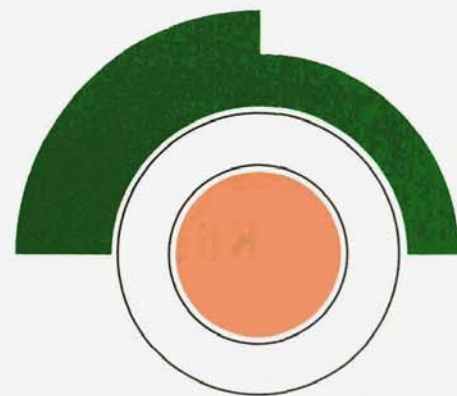


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 6



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 27. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 26. 3. 1996

WORT UND WIDERWORT

Sollen im Strafvollzug Alternativen zur Haft eingeführt werden?

Der Katalog von strafrechtlichen Sanktionen werde weiterhin einem ständigen Wandel unterliegen. Erfahrungen gerade mit dem im Jugendstrafrecht schon länger erprobten Täter-Opfer-Ausgleich zeigten bereits heute, daß derartige Formen der Bewältigung strafrechtlicher Vergehen auch gerade bei den Opfern eine hohe Akzeptanz fänden und damit letztlich dem Rechtsfrieden in hohem Maße dienen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Robert Krumbein-Neumann**. Die CDU-Abgeordnete **Maria Theresia Opladen** betont, selbstverständlich solle jeder Straftäter, der an seiner Umkehr und Wiedereingliederung arbeite, Hilfe erhalten und müsse dafür die notwendigen Bedingungen vorfinden. Wer sich aber der Resozialisierung verweigere, für den müßten neue Konzepte des Vollzugs erarbeitet werden, in denen das Erfordernis der sicheren Unterbringung in den Vordergrund trete. Die Grüne-Abgeordnete **Christiane Bainski** stellt fest, der Täter-Opfer-Ausgleich als eine Form der außergerichtlichen Konfliktschlichtung sei in sehr vielen Fällen sicherlich die intelligenteste Sanktionsform, die derzeit zur Verfügung stehe. Hier gehe es nicht um Rache, sondern um Ausgleich, Wiedergutmachung und Versöhnung. Voraussetzung sei u. a. das Einverständnis zu dieser Maßnahme bei Täter und auch Opfer in jeder Phase des Verfahrens. (Seite 2)

Opposition empfiehlt Klassen für Hochbegabte Koalition besteht auf Integration

Die Opposition hat sich im Landtag für die Förderung von Hochbegabten stark gemacht. SPD und Grüne hielten die bestehende Förderung von Begabten in den Schulen des Landes für ausreichend (Drs. 12/617).

Die CDU-Abgeordnete Marie-Theres Ley wies darauf hin, daß drei Prozent der Kinder hochbegabt seien. Die Rahmenbedingungen seien so zu verbessern, daß Hochbegabte das Abitur schon nach zehn, elf oder zwölf Jahren schafften. In großen Städten könnten spezielle Klassen für hochbegabte Kinder eingerichtet werden. Die SPD-Abgeordnete Sigrid Klösches hob auf Kursangebote und Binnendifferenzierung der Gesamtschulen ab. Sie empfahl der Opposition, sich mit den ausgewogenen Fördermöglichkeiten der Gesamtschulen einmal neu unter dem Blickwinkel der Begabtenförderung auseinanderzusetzen.

Auf die integrative Pädagogik setzte die Grüne-Abgeordnete Brigitte Schumann. Mit ihr könne man allen Begabungen gerecht werden. Man wäre schlecht beraten, wenn man im Falle einer Gruppe Hochbegabter einen anderen Weg einschlagen wollte.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) ging davon aus, daß es in den Schulen Aufgabe jeder pädagogischen Arbeit sei, Leistungsfähigkeit zu entwickeln, Interesse zu wecken und Neigungen und Begabungen zu fördern.



Friedenspipe mit dem großen Häuptling

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

Die Woche im Landtag

Haushalt 1996

Mit der Koalitionsmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat der Landtag in dritter Lesung den Haushalt 1996 verabschiedet. (Seite 3)

Durchgreifen

Die Landesregierung ist in einer Aktuellen Stunde zu hartem Durchgreifen gegenüber dem PKK-Terror aufgerufen worden. (Seite 5)

Einzelpläne

Bei der Beratung der Einzelpläne hat auch die CDU dem Etat des Landtags zugestimmt. (Seite 6)

Pflegegesetz

Das Landespflegegesetz soll den Betroffenen gerecht werden und die Gemeinden entlasten. (Seite 16)

Stellenhebungen

Im Haushaltsausschuß stimmten die Grünen-Vertreter mit der CDU für Stellenhebungen im Justizvollzug und lösten damit Verärgerung beim Koalitionspartner SPD aus. (Seite 17)

Ausflug

Ein Ausflug nach Kommern, heute Teil von Mechernich, lohnt sich nicht nur wegen des Freilichtmuseums. (Seite 20)

WORT UND WIDERWORT

Klientel in den Haftanstalten hat sich verändert

Von
Robert Krumbein-Neumann

Galt in früheren Rechtsordnungen eine Kriminalstrafe im Grundsatz der Sühne eines Fehlverhaltens, so traten spätestens seit der Jahrhundertwende mehr und mehr Aspekte der Verhinderung erneuter Straftaten in den Vordergrund. Die Verhängung einer Strafe soll in erster Linie einen Täter von der Begehung neuer Straftaten abhalten. Den geänderten Zielen des Strafrechts trug der Gesetzgeber in der Folge mit einer immer größeren Vielfalt an Sanktionen Rechnung.

Im materiellen Strafrecht bilden nach wie vor die Freiheits- und die Geldstrafe die wesentliche Grundlage, wobei jedoch insbesondere der Bereich der Strafen, die die Freiheit beschränken, mittlerweile vielfältig differenziert ist.

Dies zeigt sich im Bereich der Haftstrafen, wo offener und geschlossener Vollzug, die Sozialtherapie und unterschiedlichste Formen der Lockerung des Vollzuges die Möglichkeit einer individuellen Vollzugsplanung mit dem Ziel der Resozialisierung eröffnen. Im Jugendstrafrecht hat der Gesetzgeber mit „Erziehungsmaßnahmen“ und „Zuchtmitt-

Von
Maria Theresia Opladen

Diejenigen, die vollmundig Alternativen zur Haft fordern, halten gerne eine Zahl hinterm Berg: Heute werden nach Angaben des Bundes der Strafvollzugsbediensteten nicht einmal fünf von 100 Urteilen im Strafvollzug vollstreckt. Wer wirklich einsitzen muß, ist kein kleiner Taschendieb, sondern zählt zu den harten Kriminellen. Fast bei jedem, der eingeliefert werde, so berichtet der Bundesvorsitzende der Bediensteten, stünde in den Papieren „Achtung – gefährlich“.

Niemand darf die Augen davor verschließen, daß sich die Klientel in den Gefängnissen total verändert hat. Gewaltbereitschaft und organisierte Kriminalität nehmen zu, der hohe Ausländeranteil von über 50 Prozent erschwert die Kommunikation. Die Bereitschaft zur Resozialisierung schwindet. Das Strafvollzugsgesetz, das 1977 in Kraft trat, ließ sich offensichtlich von einem ganz anderen Menschenbild leiten, und ermöglicht bereits Erleichterungen. Es stellt sich also die Frage: Sollen angesichts dieser Situation im Strafvollzug Alternativen zur Haft weiter ausgedehnt werden? Der Justizminister dieses Landes spricht davon, daß die Haft das schärfste Schwert des Vollzuges sei und nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen solle. Die rot-grüne Koalition in

Von
Christiane Bainski

Ziel des Strafvollzuges – wie es das Gesetz definiert – ist es, den Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Dieses Ziel wird mit Alternativen zum Freiheitsentzug oft besser erreicht. Erfahrungen in Haft ziehen oft gegenteilige, negative Effekte nach sich. Meist gehen Wohnung und Arbeitsplatz verloren, brechen wichtige soziale Kontakte ab, bestehende Verschuldungen können mangels tarifgerechter Entlohnung nicht abgebaut werden. Kurz: weitere Ausgrenzung und neue Schwierigkeiten bei der Resozialisierung sind die Regel.

Auch ist es inzwischen nicht nur unter Fachleuten eine Binsenweisheit, daß nicht die Schärfe von Strafen oder höhere Repression zu einer Reduzierung von Kriminalität führen. Die erwarteten präventiven Wirkungen bleiben aus. In der aktuellen Debatte um Strafrecht und „innere Sicherheit“ werden oft längst gesicherte kriminologische Erkenntnisse ignoriert.

Bündnis 90/Die Grünen treten dafür ein, ein Spektrum intelligenter alternativer Sanktionsformen weiterzuentwickeln, das freiheitsentziehende Maßnahmen in weiten Bereichen entbehrlich macht (z.B. Täter-Opfer-Ausgleich, gemeinnützige Arbeit oder auch U-Haft-Vermeidungs-

SPD: Gesetzgeber verfügt über Vielfalt an Sanktionen

zahlreiche alternative Sanktionsformen zur Haft entwickelt. Ausgangspunkt aller Betrachtungen muß aber immer die Ursache individueller Kriminalität und deren Bekämpfung sein. Vor allem im Bereich suchtkranker Täter ist dies mittlerweile anerkannt. Hier kann Haft kaum Hilfe bieten, sondern ist in erster Linie Therapie gefordert, um diesen Menschen den Weg in ein straffreies Leben zu weisen. Dies berücksichtigen die Sonderregelungen im Betäubungsmittelrecht bereits heute. Zur Ahndung schwerer Verbrechen wird die Haft nach wie vor ihre Bedeutung behalten. Aber bei bestimmten Delikt- und Tätergruppen, sowie bei den Ersatzfreiheitsstrafen wird man die Verhängung von Haft hinterfragen müssen.

Der Katalog von strafrechtlichen Sanktionen wird auch weiterhin einem ständigen Wandel unterliegen. Die gemeinnützige Arbeit und der Täter-Opfer-Ausgleich sind dabei bereits heute gesetzlich vorgesehene Sanktionen, deren Einsatz ausgebaut werden muß. Für Modellprojekte in diesem Bereich stehen im Landeshaushalt 1996 erheblich angehobene Mittel zur Verfügung. Erfahrungen gerade mit dem im Jugendstrafrecht schon länger erprobten Täter-Opfer-Ausgleich zeigen bereits heute, daß derartige Formen der Bewältigung strafrechtlicher Vergehen auch gerade bei den Opfern eine hohe Akzeptanz finden und damit letztlich dem Rechtsfrieden in hohem Maße dienen.

CDU: Bereitschaft zur Resozialisierung schwindet

NRW propagiert mit Einsatz von Haushaltsmitteln weitere Maßnahmen zur Haftvermeidung. Aus Sicht der CDU sind dies „Wohlthaten für Täter“. In gewissen Bereichen mag der Täter-Opfer-Ausgleich seine Berechtigung haben. Bei Tötungs- oder Körperverletzungsdelikten, bei einer schweren Straftat kann aber doch nicht die Zusammenführung von Tätern und Opfern eine Alternative zur Strafhaft sein. Solche Modelle sind geeignet, das Vertrauen der Bürger in unseren Rechtsstaat zu untergraben, wenn sie ihre Sicherheit nicht mehr gewährleistet sehen, und dagegen wird die CDU sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Eine Aufweichung des Sanktionensystems aus Ideologie oder auch aus Sparzwängen wird die CDU nicht akzeptieren. Am Geiseldrama in der Justizvollzugsanstalt Celle ist zuletzt deutlich geworden, wohin der lasche Umgang mit gefährlichen Straftätern führt. Der Justizminister ist auch in einer rot-grünen Landesregierung gefordert, für die Qualität der Rechtspflege, für die Erhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze und für die Akzeptanz des Systems zu sorgen.

Aus Sicht der CDU gehören dazu beide Elemente, von denen sich das Strafvollzugsgesetz leiten läßt: die Resozialisierung des Straftäters und der Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten. Selbstverständlich soll jeder Straftäter, der an seiner Umkehr und Wiedereingliederung arbeitet, Hilfe erhalten und muß dafür die notwendigen Bedingungen vorfinden. Wer sich aber der Resozialisierung verweigert, für den müssen neue Konzepte des Vollzuges erarbeitet werden, in denen das Erfordernis der sicheren Unterbringung in den Vordergrund tritt.

GRÜNE: Freiheitsstrafe nur als Ultima ratio

Die Freiheitsstrafe sollte nur als Ultima ratio gesehen werden. Sicherlich gibt es Delikte – wie den Bereich der schweren und Schwerstkriminalität – die nicht für Haftvermeidungsprojekte in Frage kommen.

Dennoch eignen sich Straftaten – wie z.B. Eigentumsdelikte, minderschwere Formen von Körperverletzung – dazu, in Maßnahmen wie dem Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) effizienter geahndet und bearbeitet zu werden, als durch eine Haftstrafe.

Der TOA als eine Form der außergerichtlichen Konfliktklärung ist in sehr vielen Fällen sicherlich die intelligenteste Sanktionsform, die uns derzeit zur Verfügung steht. Hier geht es nicht um Rache, sondern um Ausgleich, Wiedergutmachung und Versöhnung. Voraussetzung sind das Einverständnis zu dieser Maßnahme bei Täter und auch Opfer in jeder Phase des Verfahrens sowie die Tätigkeit einer neutralen Vermittlungsperson. Der TOA bietet die Möglichkeit positiver Effekte nach beiden Seiten. Der Täter muß sich mit seinem Opfer auseinandersetzen, erfährt hier ein Lernfeld sozialer Verantwortung und muß Konsequenzen in Form direkter Wiedergutmachung ziehen. Das Opfer kann seine Interessen nach Entschädigung in solchen Verfahren erfahrungsgemäß besser verwirklichen als als Nebenkläger in einem Gerichtsprozeß. Haftvermeidung heißt nicht Vermeidung von Strafe, sondern bietet andere Konsequenzen infolge strafbarer Handlungen an. Dadurch können mehr Menschen den Weg in ein Leben ohne Straftaten, ohne Stigmatisierung zurückfinden. Wir begründen daher ausdrücklich, daß in NRW jetzt durch ein größeres Angebot des TOA die Möglichkeiten von Haftvermeidung in nennenswertem Umfang eröffnet werden.

Landtag verabschiedet in dritter Lesung den Landeshaushalt 1996

Vorrang für Arbeitsplätze wurde von Koalition und Opposition als unbedingt notwendig erachtet



Wirtschaftsstandort stärken und Strukturwandel sozial gestalten: v. l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Klaus Matthiesen (SPD), Roland Appel (GRÜNE) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).
Fotos: Schälte

Der Landtag hat am vergangenen Mittwoch in dritter Lesung den Landeshaushalt 1996 verabschiedet. SPD und Grüne gaben mit ihrer Koalitionsmehrheit grünes Licht für das Haushaltsgesetz 1996. Bei der Verabschiedung fehlte die Hälfte der 24 Grüne-Abgeordneten. Der Etat beläuft sich auf 87,8 Milliarden Mark. Als erster Redner griff in der Generaldebatte der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen die Grünen als Arbeitsplatzvernichter an. Er sprach von einer „rot-grünen Mißbehe“. Der Mißerfolg eines solchen Bündnisses sei vorprogrammiert. SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen folgte hingegen, mit der Verabschiedung des Etats bestehe diese Koalition ihre erste wirkliche Bewährungsprobe. Die Landespolitik werde alles tun, um den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig zu halten. GRÜNEN-Fraktionssprecher Roland Appel räumte ein, die Koalitionspartner hätten nicht immer mit den richtigen Strategien, Mitteln und Zwischentönen um den richtigen Weg in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik gerungen. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bekannte sich erneut zum rot-grünen Bündnis. Er wolle den Erfolg dieser Koalition, weil er im Interesse des Landes keine bessere Alternative erkennen könne.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, erklärte, das Land NRW stehe vor einem der schwierigsten Jahre in der Nachkriegsgeschichte. Man habe in Nordrhein-Westfalen eine katastrophale Finanzsituation. Der Schuldenstand habe inzwischen die Rekordmarke von 130 Milliarden Mark überschritten. „Jede Minute muß Nordrhein-Westfalen 16 000 Mark Schuldzinsen zahlen! Die Zahl der Menschen ohne Arbeit sei mit fast 850 000 so hoch wie noch nie zuvor in der Geschichte des Landes. Man habe eine dramatische wirtschaftliche Entwicklung und eine beängstigende Zunahme von Gewalt, vor allem durch Jugendliche und internationale Banden. Und zu all dem habe man eine rot-grüne Landesregierung, die streite, statt zu regieren. Linssen vermutete, die beiden ungleichen Partner in dieser „rot-grünen Mißbehe“ wollten sich vor der Scheidung noch den Luxus eines für das Land zeitrau-

benden und kostspieligen Trennungsjahres leisten. Er halte die SPD für koalitionsfähig, nur nicht mit einer Partei, die in einem Industrieland nicht regierungsfähig sei. Die rot-grünen Spielchen dieser Chaoskoalition seien immer die gleichen. Sage ein Grüner etwas gegen Bio- und Gentechnik, gegen Flugverkehr oder Autoverkehr, gegen Chlorchemie oder gegen Garzweiler II, so beteure im Gegenzug der sozialdemokratische „Koalitionsfeind“ genau das Gegenteil und umgekehrt. Die Grünen betrieben die permanente Verunsicherung der NRW-Wirtschaft. Sie beeinträchtigten ungemein das Investitionsklima. Er sprach sich dafür aus, daß sich das Land von Anteilen aus seinem Beteiligungsvermögen trenne. Die CDU wolle, daß das Land u. a. Beteiligungen an der WestLB, an den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn jeweils mit der Maßgabe verkaufe, daß der jeweilige Anteil des Landes 25,1 Prozent nicht unterschreiten dürfe. In einer Zeit mit zunehmender Massenarbeitslosigkeit gehe es vor allem um die Schaffung von Arbeitsplätzen. Linssen hielt die Grünen für eine Prioritätensetzung nicht fähig. Wenn die Fraktion der GRÜNEN 140 Millionen Mark des 87 Milliarden-Haushalts für ihre Partikular-Interessen verplempere, sei dies ein Skandal. Damit hätte man z. B. 3500 Sozialwohnungen fördern können, 12800 Kindergartenplätze oder 7000 Existenzgründungen im mittelständischen Bereich. Zu Polizei und Justiz führte der Vorsitzende aus, wer Straftaten schulterzuckend hinnehme statt sie konsequent zu verfolgen, der könne auch von Kindern und Jugendlichen nicht erwarten, daß sie ein Rechtsbewußtsein und ein Gefühl für Anstand entwickelten. Bereits jetzt habe der Ausländeranteil in den NRW-Haftanstalten besorgniserregend 30 Prozent erreicht. Die integrative Gesellschaft setze voraus, daß Ausländer, die nicht in der Lage oder bereit seien, sich in unsere Kultur- und Werteordnung einzufügen, in ihre Heimatländer zurückgeführt würden.

Klaus Matthiesen (SPD), Fraktionsvorsitzender, charakterisierte den Beitrag des CDU-Chefs als „Agitationsrede eines Provinzpolitiklers, der es darauf angelegt hat,

unser Gemeinwesen zu spalten“. Sie sei sozusagen der letzte Beweis dafür, daß mit Linssen eine große Koalition in Düsseldorf „selbst im schlimmsten aller denkbaren Fälle“ nicht möglich wäre. Die Strategie des Beitrags — Angriff auf die Grünen und gleichzeitig „Anbiederei“ bei der SPD — zeige das strategische Dilemma, in dem sich die CDU befinde und gebe Aufschluß darüber, daß der Wunsch zum Mitregieren bei der Union immer noch übermächtig sei. Aber die Absicht, „zusätzlich Zoff in diese Koalition zu pflanzen“, werde sich nicht verwirklichen. Von Alternativen jedenfalls sei in der Rede nichts zu finden gewesen, fuhr Matthiesen fort und beschrieb die derzeitige ökonomische und soziale Lage in der Bundesrepublik, auf die der CDU-Fraktionsführer mit keinem Wort eingegangen sei und für die zu einem Großteil die Bonner Regierungskoalition Verantwortung trage. Überall sei die Zunahme sozialer Angst spürbar, die Bundesregierung versuche, die Opfer ihrer Politik nun zu Schuldigen ihrer Versäumnisse zu erklären. Gefordert sei „eine große nationale Kraftanstrengung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Festigung der Sozialsysteme, zur Verbesserung der Umwelt und zur Sanierung der Staatsfinanzen“. Da sei es skandalös, wie mit dem von den Gewerkschaften vorgeschlagenen „Bündnis für Arbeit“ umgegangen werde, betonte Matthiesen und fügte hinzu, die Landespolitik werde alles tun, „um den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig zu halten und auch attraktiver zu machen“. Das Land habe den Strukturwandel immer sozial gestaltet, darauf könne man stolz sein. Auch ökonomisch habe man NRW nach vorne gebracht, das geschehe weiter auf der Basis der Koalitionsvereinbarung, wo ausdrücklich festgestellt werde, daß für jeden leistungsfähigen Sozialstaat eine leistungsfähige Ökonomie Voraussetzung sei. Es müsse reale Wertschöpfung stattfinden. Der Landeshaushalt unterstreiche die Politik des Vorrangs für Arbeitsplätze, er bleibe dem Schutz der Umwelt und dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und Hilfe verpflichtet. Er sei insgesamt solide und habe klare Schwerpunkte. „Mit der Verabschiedung in dritter Lesung besteht diese Koalition ihre

erste wirkliche Bewährungsprobe.“ Diesen Erfolg lasse man sich von der CDU nicht „kauptreten“.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, erklärte, mit der Verabschiedung des Haushalts werde die wirtschaftliche Kraft von NRW gestärkt und zu neuer Arbeit beigetragen. Nachhaltiges Wirtschaften solle ökologische Belastungen von vornherein vermeiden, zitierte er Rau. Bonn habe eine noch größere Haushaltskrise, Waigel sei pleite. Linssen leiste der „Pfuscherkolonne“ in Bonn Hilfe. Die Grünen hätten sich nach einer schmerzhaften Diskussion am Wochenende für die Fortsetzung dieser Koalition entschieden. NRW sei kein Modell, solle aber eine andere Idee als Ellbogengesellschaft und Ressourcenverschwendung verbreiten. Die Opposition solle sich an ernsthaften Alternativen versuchen. In schwierigen Zeiten müsse nicht die Ökologie zurückstehen, sondern in den Umbau eingestiegen werden. Arbeitsplätze lägen in der Umwelttechnik. Das sei ein Zuwachsmarkt. In Deutschland biete der Umweltsektor 700 000 Menschen Lohn und Brot. Meistergründungen, Handwerksberatung, Frauenerwerbstätigkeit würden gefördert. Weitere 18 Millionen Mark seien für „Arbeit statt Sozialhilfe“ ausgebracht worden. Ein Gutachten prüfe neue Ökoabgaben und deren Reinvestition. Investitionen für „Arbeit und Umwelt“ in Höhe von 13 Milliarden Mark und innovative Verkehrssysteme würden zeigen, daß Rot-Grün Arbeitsplätze schaffe. Einen hohen Stellenwert hätten Minderheiten. Für Wohnungslose, Behinderte, Altenwohnungen, Psychiatrie, Aidskranke, Suchthilfe seien Haushaltsmittel eingestellt. Gleichgeschlechtliche Lebensweisen gehörten zur Normalität. Das neue Schwulen- und Lesbenreferat solle Diskriminierung abbauen. Der Täter-Opfer-Ausgleich als besonders geeignete Sanktionsform erhalte eine deutliche Stärkung. Beim Justizvollzug solle die Mittelstufe erhalten bleiben, ihre Funktion aber nach unten verlagert werden. Dem Drogengebrauch im Vollzug sei mit repressiven Mitteln nicht beizukommen. Öffentliche Sicherheit schlage sich im geänderten Polizeigesetz mit Diskriminierungsverboten nieder. Bei den Kundendemonstrationen habe die Gewaltstrategie der PKK der Sache geschadet. Mit Migrationsausschuß im Landtag, Migrationsreferat der Landesregierung und Institut für Zuwanderung bekenne sich NRW zu einer neuen Einwanderungspolitik. Auch für die Frauen gebe es ein deutliches Plus. Große Koalitionen kosteten Geld und Bürgerrechte, Rot-Grün werde an der Reformperspektive festhalten und Hoffnungen nicht enttäuschen.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) wertete Beratung und Verabschiedung des „guten“ Haushalts als wichtige Stunde für den Landtag. Der Etat setze die richtigen Akzente und betone den Gleichklang, den das Land brauche: Ökonomische und ökologische Erneuerung und soziale Kompetenz. Aber es wäre besser gewesen, wenn daraus eine Stunde der sachlichen Argumente und nicht der Polemik geworden wäre. Die CDU habe sich entschieden für „eine Mischung aus schwerem Geschütz und unüberhörbarem Werben gegenüber den Sozialdemokraten“. Er begrüße, daß sich die Grünen auf ihrem Parteitag in Hamm für die Koalition entschieden hätten und betonte: „Ich will den Erfolg dieser Koalition, weil ich im Interesse des Landes keine bessere Alternative



Einen Ehrengast hieß Landtagspräsident Ulrich Schmidt auf der Tribüne des Plenarsaals willkommen, den Minister der Republik Malta, Anton Tabone (2. v. r.). Ganz rechts Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose. Auch der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, Heinrich Meyers (CDU, 2. v. l.) hatte sich auf die Tribüne begeben. Foto: Schälte

erkennen kann.“ Die Menschen im Lande müßten spüren, „daß wir uns um das kümmern, was sie bewegt“. Der Entwurf der Landesregierung zum Etat zeige: „Die Koalition ist handlungsfähig und kompromißfähig. Der Haushaltsentwurf macht deutlich: Wir halten Wort.“ Im Entwurf seien die zentralen politischen Ziele der Koalition wiederzufinden: Arbeitslosigkeit bekämpfen, Voraussetzungen für neue Arbeit schaffen, ökologische Erneuerung vorantreiben und bei allem soziale Verantwortung wahrnehmen. Der Haushalt sei unter schwierigen finanziellen Bedingungen entstanden: „Wir gehen nicht den Weg in zusätzliche Neuverschuldung und setzen die Politik der strikten Ausgaben- disziplin fort.“ Dieser Haushalt sei ein wichtiger Beitrag des Landes für ein wirkliches Bündnis für Arbeit, betonte der Regierungschef und qualifizierte das Gemeindefinanzierungsgesetz als einen „ausgewogenen und fairen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen“. Wenn man die be-

drückenden Zahlen der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sehe, dürfe daraus nicht geschlossen werden, „die großen Anstrengungen, die wir unternommen haben, seien vergeblich gewesen“. Im Gegenteil — die Politik der ökonomischen und ökologischen Erneuerung habe das Land vorangebracht, „auch und gerade auf dem Arbeitsmarkt“. In vielem stehe man heute besser da als vor fünf Jahren, so sei die Arbeitslosigkeit bundesweit in den ersten beiden Monaten fast doppelt so stark gestiegen wie in NRW, das seine Position nicht verschlechtert habe. Aber es schade dem Land, „wenn unser Land aus Unkenntnis oder aus politischer Absicht heruntergemacht oder schlechtgeredet wird“. Mit Blick auf die Einigung der Koalitionsfraktionen wandte er sich zum Schluß an die CDU: „Manche Gewitter reinigen die Luft, und jetzt haben Sie, Herr Linsen, noch vier Jahre die Chance, Schadenfreude auszuüben. Aber die vier Jahre sollten Sie dann auch haben.“



Tribüne des Plenarsaals: Großes Interesse fand die dritte Haushaltslesung auch bei den elektronischen Medien. Foto: Schälte

Minister warnt vor „Schnellschüssen“ bei der Reaktion auf PKK-Krawalle

Eine harte Verurteilung und anschließende Ausweisung der PKK-Fühdler bei Ausschreitungen und konsequentes Durchgreifen des Staats bei Krawallen unter kurdischer Beteiligung hat CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen in der von seiner Fraktion beantragten Aktuellen Stunde des Landtags am 21. März gefordert. Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) warnte dagegen vor rechtlichen Schnellschüssen und lehnte eine Verschärfung des Ausländerrechts nach den gewalttätigen Demonstrationen von PKK-Anhängern ab; gegen extremistische Gewalttäter werde aber mit aller Härte vorgegangen. Siegfried Martsch (GRÜNE) distanzierte sich von der PKK und sah in der Türkei politik der Bundesregierung einen Grund für das Erstarren extremistischer Kräfte unter den Kurden.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, meinte, wer in der Türkei Bürgerkrieg führe, habe nicht das Recht, diesen auch auf deutschen Straßen auszutragen und deutsche Polizisten zusammenzuschlagen. Bei der PKK handele es sich um straff organisierte Kriminelle, „die unser Gesetz mit Füßen treten und denen Menschenleben offensichtlich nichts bedeuten“. Es gebe auch im Lande durchaus Möglichkeiten, kurdische Gewalttäter in größerer Zahl abzuschleppen, dazu müsse aber bei der Landesregierung der Wille bestehen. „Die Menschen in unserem Lande erwarten zu Recht, daß der Staat endlich hart und konsequent durchgreift. Die CDU-Landtagsfraktion erwartet von dieser Landesregierung, daß sie dem PKK-Terror in NRW endlich ein Ende macht“.

Stefan Frechen (SPD) stellte klar, daß Gewalt nicht hinzunehmen sei: „Wer in Deutschland Straftaten begeht, wird nach deutschem Recht zur Verantwortung gezogen; Gewalttäter werden mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft.“ Aber man könne die Probleme nicht allein bei Polizei und Justiz abladen: „Ausgangspunkt der Provokationen und der Gewaltdemonstrationen sind die Mißachtung von Kultur und Minderheitenrechten des kurdischen Volkes in der Türkei.“ Hier müsse auch die Außenpolitik der Bundesregierung tätig werden. Die kritische Lage an der Landesgrenze sei entstanden, weil Bundesinnenminister und Bundesgrenzschutz nicht entsprechend reagiert hätten.

Siegfried Martsch (GRÜNE) urteilte: „Wer sich so verhält, wie dies die PKK-Anhänger getan haben, gehört der Justiz zugeführt, und die Gerichte haben über das Strafmaß zu entscheiden — nicht die Presse, nicht Volkes Stimme und auch nicht einzelne politische Parteien, und auch nicht Sie, Herr Dr. Linssen“. Die PKK sei keine demokratische Partei, sie sei aber auch nicht Ursache, sondern Ausdruck des Problems. Das barbarische Vorgehen des türkischen Militärs mache die PKK stark, die es hierzulande durch ihre Aktionen verstehe, auf die Lage der Kurden aufmerksam zu machen. Außerdem erstarre die Bundesregierung geradezu in „Nibelungentreue“ gegenüber der Türkei.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) sah Einigkeit in der Verurteilung der gewalt-

tätigen Aktionen; die Situation im Heimatland könne kein Argument für die Mißachtung der hiesigen Gesetze sein. Wenn es Zweifel an der Zweckmäßigkeit des PKK-Verbots gegeben habe — die Vorfälle hätten diese Zweifel beseitigt: „Die Antwort auf diesen Extremismus und Fanatismus kann nur Verbot sein.“ Er warne vor rechtlichen Schnellschüssen und gesetzlichen Scheinlösungen. Die schnelle Abschiebung in ein Land, wo Folter und Todesstrafe drohen, verstoße gegen die Konvention zum Schutz der Menschenrechte. Im übrigen unterlägen aus dem Ausland einreisende Kurden nicht dem deutschen Ausländerrecht; in den Niederlanden etwa bleibe die PKK unbehelligt: Hier sei die „zwischenstaatliche Kompetenz der Bundesregierung“ gefordert.

Klaus-Dieter Stallmann (CDU) sagte, es gehe nicht um Abschiebung oder Ausweisung. Es gehe darum, endlich zu handeln



Gewalttätige Demonstrationen verurteilt: v. l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Stefan Frechen (SPD), Siegfried Martsch (GRÜNE) und Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD).
Fotos: Schälte

und nicht weiter zu diskutieren, was denn nun richtig sei. „Die Bürger und Bürgerinnen und die Polizeibeamtinnen und -beamten haben kein Verständnis mehr, daß wir hier nur diskutieren, sondern sie erwarten von uns das Durchgreifen nach Recht und Gesetz“, betonte der Abgeordnete.

Jürgen Jentsch (SPD) merkte an, die Bundesregierung sollte sehr gründlich ihre Position zur Türkei überdenken. Er sage es ganz deutlich, dort fänden Menschenrechtsverletzungen statt. Dorthin würden Waffen geliefert. Dort werde ein Volk unterdrückt. Der Abgeordnete erklärte weiter, obwohl man im Laufe der letzten Jahre immer wieder brutale Demonstrationen erlebt habe, stehe man auch diesmal fassungslos vor dieser neuen Art brutaler Gewalt.

Lothar Hegemann (CDU) sagte, wenn Richter Straftäter laufenlassen müßten, müsse der Gesetzgeber handeln. Der Bundestag habe ein Verbrechensbekämpfungsgesetz vorgelegt. Dort sei das ganz genau geregelt. Beispielsweise könnte man die Hauptverhandlungshaft einführen, daß offensichtliche Straftäter sofort herausgegriffen und innerhalb einer Woche einem Gericht zugeführt würden. Man wolle kein Schnellgericht, aber eine schnelle Rechtsprechung.

Marc Jan Eumann (SPD) führte an, die PKK und ihre Sympathisanten gehörten einer sehr gefährlichen, ja sogar hochgefährlichen, aber eben kleinen Minderheit an, die außerhalb dieses Rechtsstaates stehe.

Deswegen bestehe die Aufgabe von Demokratinnen und Demokraten darin, darauf hinzuweisen, daß es in diesem Lande keine Gleichung geben dürfe nach dem Motto: Migranten gleich Gewalttäter und Kurden gleich PKK.

Roland Appel (GRÜNE) erinnerte daran, daß der Bundesinnenminister gerade 30 Grenzschutzbeamte aufgeboten habe, um die Grenze zu den Niederlanden zu sichern, obwohl der über den Verfassungsschutz von den 1700 anrückenden Kurden habe wissen müssen. Wer dann hingehe und versuche, den nordrhein-westfälischen Innenminister zu diffamieren, weil er angeblich die Polizei nicht richtig einsetze, der sollte erst mal nach Bonn schauen.

Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) riet in einer solchen Situation zu „Besonnenheit, Festigkeit und vor allen Dingen

Konsequenz im Handeln auf der Basis von Recht und Gesetz“. Hier griffen Ausländerrecht und Strafrecht ineinander, das mache die Sache schwierig. Er, Behrens, sei nicht für eine Änderung der Ausländergesetze, das bringe nicht weiter. Im übrigen wende man die Möglichkeiten des beschleunigten Gerichtsverfahrens konsequent an, aber Taten seien nachzuweisen, das gelte auch für Ausländer. Es sei bei allen Reaktionen darauf zu achten, daß nicht noch mehr friedliche Menschen in die Arme der PKK getrieben würden.

Herbert Reul (CDU) bekräftigte, es könne nicht sein, daß man immer dann, wenn etwas passiere und wenn die Medien — zu Recht — aufgeregt berichteten, vier Wochen lang Nachdenklichkeit ansage und diskutiere, was man möglicherweise alles tun könnte und dann nichts tue. „Ich erwarte von dieser Landesregierung, daß sie endlich das Nachdenken einstellt, zu Entscheidungen kommt und handelt“, folgerte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Frank Baranowski (SPD) betonte, er sage für die SPD ganz eindeutig: Die Demonstrationenfreiheit sei ein hohes Gut. Aber ein genauso hohes Gut sei das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Das gelte für Polizeibeamte, das gelte für unbeteiligte Bürger. Es seien zwei schützenswerte Güter, und man werde sich hier nicht in die Rolle drängen lassen, die die CDU der SPD unterstelle, sie würde zwischen diesen Gütern differenzieren.

Abgeordnete setzten Beratung der Einzelpläne des Haushalts 1996 fort

Auch die CDU stimmte dem Etat des Landtags zu

Der Landtag hat am Donnerstag, 14. März, die zweite Lesung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996 fortgesetzt. Aus organisatorischen Gründen sind auch noch einige Punkte aus der Mittwochdebatte im nachfolgenden Bericht enthalten. Wie bereits mitgeteilt, wurde das Haushaltsgesetz mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen in zweiter Lesung angenommen. Zur Vorbereitung der dritten Lesung wurde der Entwurf einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß rücküberwiesen.

Staatskanzlei (Fortsetzung)

Ute Koczy (GRÜNE) erklärte, im Haushalt der Staatskanzlei habe man eine Reihe von Titeln, die eng mit der Förderung von Eine-Welt-Arbeit verbunden seien. Mit der Einstellung und Erhöhung dieser Ansätze würden hervorragende Grundlagen für diese wichtige Arbeit gelegt, nämlich das Bewußtsein zu stärken, „daß wir alle — auch in Nordrhein-Westfalen — in einer Welt leben, für deren Lebensgrundlagen wir alle miteinander verantwortlich sind.“

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) erinnerte daran, er habe mit der Berufung eines Nord-Süd-Beauftragten und mit der Regierungserklärung 1990, in der er die Entwicklungshilfe an den Anfang gestellt habe, eine Linie einzuschlagen versucht, von der er glaube, daß sie jetzt noch eine breitere Basis finde. Zum Rundfunkstaatsvertrag merkte er an, er hoffe, daß die Einigung von Berlin „uns ein Stück weiterbringt“. Gerade in der Medienpolitik bestehe ein Feld für kooperativen Föderalismus, auf dem man sich bewähren müsse.

Bauen und Wohnen

Die Opposition sah Fehlbedarf, das Regierungslager wertete die Wohnungsbaupolitik des Landes als Erfolg. Der Etat des Ministeriums für Bauen und Wohnen wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die CDU angenommen.

Franz Riscop (CDU) sagte, die finanzielle Lage in der Bundesrepublik und in NRW deuteten darauf hin, daß es dringend erforderlich sei, auf vielen Gebieten neue Wege zu gehen. Dies gelte insbesondere auch für den Wohnungsbau. Nach wie vor gelte die Feststellung der CDU von 1990, daß 400 000 Wohnungen fehlten und 100 000 in NRW jährlich gebaut werden müßten. In NRW sei das Wohnungsdefizit in den letzten fünf Jahren nicht beseitigt worden. Im Gegenteil. Der Fehlbedarf stagniere auf einem viel zu hohen Niveau. Nach wie vor hätten es besonders junge Familien und Alleinerziehende schwer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Der Abgeordnete schloß, die Wohnungspolitik habe sich in NRW in der neuen Wahlperiode im Grundsatz nicht geändert.

Adolf Retz (SPD) betonte dagegen, auch mit dem Haushalt 1996 wolle man die Wohnungsbauförderung der letzten Jahre auf extrem hohen Niveau fortsetzen. Man sei mit dem Wohnungsbauprogramm beispielhaft in der ganzen Bundesrepublik. Mit drei Milliarden Mark wolle man 28 000 Wohnungen fördern, und zwar mit dem zentralen Ziel, den Menschen eine angemessene Wohnung zu angemessenen Mieten zur Verfügung zu stellen. „Das liegt uns auch langfristig am Herzen“. Retz wies darauf hin, obwohl in den letzten Jahren eine erhebliche Neubauquote zu verzeichnen gewesen sei, sei das Wohnungsdefizit nicht abgeschmolzen. Aber das habe nichts damit zu tun, daß man die falschen Programme aufgelegt habe. Die Haushaltsverkleinerungen hätten letzten Endes zu einer Kompensierung der Neubauquote geführt.

Hedwig Tärner (GRÜNE) erklärte zu den gemeinsamen Zielvorstellungen von SPD und Grünen, im Baubereich entwickle sich das Wohnungsbauprogramm hin zu seinen gesteckten Zielen, den sozialen Versorgungsauftrag mit ökologischen Qualitätsstandards zu verbinden. Sozialer Wohnungsbau und öffentliche Wohnungsförderung hätten sich nach den Menschen zu richten, die in unterschiedlichen sozialen Problemlagen finanziell nicht in der Lage seien, sich selbständig mit genügend und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Es bedürfe also einer Förderung für Menschen, die in unserer Gesellschaft an den Rand gedrängt würden. Diese Gruppe werde dank der CDU-Politik auf Bundesebene immer größer.

Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) meinte, was die CDU hier vortrage, wäre, wenn man es so durchführte, eine Verabschiedung vom sozialen Versorgungsauftrag, den das Ministerium für Bauen und Wohnen eben schwerpunktmäßig habe. Die Arbeitslosigkeit habe einen Höchststand seit der Gründung der Republik erreicht. In NRW seien fast 58 000 Menschen obdachlos gemeldet. Ende 1994 seien 166 000 Haushalte als wohnungssuchend registriert, und da wolle die CDU die Förderung, was die einzelne Wohnung angehe, abbauen mit dem Effekt, daß die Mieten stiegen, daß die Bindungen verkürzt würden, daß man letztlich mit den Mitteln im sozialen Wohnungsbau nur noch Vermögensbildung betreibe. „Das ist mit uns nicht zu machen“, schloß der Minister. Man werde den sozialen Versorgungsauftrag weiter umsetzen.

Siegfried Zellnig (CDU) wollte die Wahrheiten ins Gedächtnis zurückerufen: Mittel aus dem Bundeshaushalt im Jahre 1996: 354 Millionen Mark. Das sei weniger als im Vorjahr. Mittel aus dem Landeshaushalt NRW: genau 365 Millionen Mark, keine Mark mehr, keine weniger. Das, was als wesentlicher Vermögensposten hinzukomme, sei das Landeswohnungsbauvermögen. „Das muß Ihnen doch auch klar sein. Deshalb sage ich: Das was aus dem Bundeshaushalt kommt, legen Sie dazu“. Zellnig nannte des Minister Vespers Wohnungsbauprogramm

das schlechteste der letzten fünf Jahre. Das sei es von der Dotation her, von der Quantität der Wohnungen her. 28 000 Wohnungen würden gefördert. Im letzten Jahr seien es 32 000 gewesen.

Gerd-Peter Wolf (SPD) stellte fest: „Unsere Wohnungsbauförderungsprogramme der letzten Jahre sind von der Wohnungswirtschaft, sind von freien Investoren immer in ganz hervorragender Weise abgenommen worden“. Man erfülle die alte Zusage: Für jede Mark aus Bundesmitteln komme eine Mark aus Landesmitteln hinzu. Wenn die CDU dann sage, der Rest komme aus dem Landeswohnungsbauprogramm, sage er, es sei ja nicht vom Himmel gefallen. Daß dieses Landeswohnungsbauprogramm zur Verfügung stehe, sei Beschluß dieses Landtages. Der Finanzminister könnte damit ganz andere Sachen machen. Wenn es nach der CDU gegangen wäre, gäbe es dieses Landeswohnungsbauvermögen nicht. Es wäre schon lange verfrühstückt worden.

Gisela Nacken (GRÜNE), Fraktionssprecherin, erläuterte, man versuche heute Anstrengungen im Wohnungsbau zu machen, indem man Mittel in dem Umfang einsetze, wie es notwendig sei. Das schaffe man nicht bei der Lage auf dem Wohnungsmarkt. Das würde auch der Opposition nicht gelingen. „Wir haben aber das Notwendige in diesen Haushalt eingesetzt, Prioritäten gesetzt.“

Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) erklärte in einem zweiten Beitrag, Bundesbauminister Töpfer sollte endlich einmal die Ankündigung wahr machen, das Wohngeld, das seit 1990 nicht mehr angepaßt worden sei, anzupassen. Darauf warte man seit sechs Jahren. Im übrigen erinnerte er daran, daß man allein auf den Kasernenstandorten die Möglichkeit habe, in den nächsten Jahren über 7 000 neue Wohnungen zu schaffen.

Gleichstellung

Der Einzelplan 11 — Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann — sieht für 1996 Ausgaben in Höhe von 40,1 Millionen Mark vor.

Regina van Dinther (CDU) stellte zum ersten rot-grünen Haushalt des Frauenministeriums fest, diese Koalition koste den Bürger viel, viel Geld. Daß Schleußer so viele neue personalintensive Strukturen zulasse, die keinen breiten Nutzen brächten und die wir uns eigentlich nicht leisten könnten, könne sie nicht nachvollziehen. Im nachhinein Stellen zu streichen, falle bekanntlich schwer. Wie oft müsse die höhere Förderung, eigentlich nur als Anschlag gedacht, beibehalten werden. Auch das Überrollen sei oft nicht möglich. Die vierte Stelle für Frauenhäuser trage die CDU mit, die Notwendigkeit dreier Mädchenhäuser zweifelte sie an. Viele Helferinnen im Strafvollzug bettelten täglich das Nötigste zusammen. Auch bei Erziehungsberatungsstellen fehle es an Personal. Mit dem Geld für ein Netzwerk für Frauen mit Behinderungen könnten besser Alltagssorgen vieler Behinderter abgeholfen werden. 500 000 Mark für die wissenschaftliche Begleitung des Dienstleistungs-



Deutliches Plus für die Frauen: v. l. Regina van Dinther (CDU), Brigitte Speth (SPD), Marianne Hürten (GRÜNE) und Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD). Fotos: Schälte

pools nützten nichts, wenn die Sache selbst von der SPD in Bonn blockiert werde.

Brigitte Speth (SPD), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, hielt den Umgang mit dem Geld im Frauenbereich für vernünftig. Jeder der zehn Koalitionsanträge sei gedeckt. Die Regionalstellen Frau und Beruf führten ein bekanntes Instrumentarium gegen Frauenarbeitslosigkeit mit großem Erfolg fort. Die Ausstiegshilfe für Prostituierte sei neu und gut angelegtes Geld. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser diene der Weiterbildung und dem Erfahrungsaustausch. Frauen zu helfen, die von Gewalt, Armut und sexueller Belästigung betroffen seien und Arbeitsmarkt seien die Schwerpunkte des Ressorts. Der Dienstleistungspool sei ein guter Ansatz.

Marianne Hürten (GRÜNE) sagte: Rot-Grün zahle sich für die Frauen im Lande aus. Der Haushaltsansatz sei um 36 Prozent gestiegen, im Gesamtetat jedoch ein lächerlich kleiner Betrag. Für die sogenannte Modernisierung eines regionalen Geschäftsflughafens gebe die SPD 20 Millionen Mark aus, mehr als für Frauenprojekte und Gleichstellungsaufgaben im ganzen Jahr. Dennoch sei das deutliche Plus ein schöner Erfolg, von der GRÜNEN-Fraktion in zähen Verhandlungen erstritten. Für sexuell mißbrauchte Mädchen und Jungen müsse es klare Regularien geben. Professionelle Vernetzung sei wichtig. Behinderte Frauen seien doppelt benachteiligt und auf vielfältige Hilfen angewiesen. Die Tätigkeit der Prostituierten, bundesweit zwischen 200 000 und 400 000, in Köln mindestens 5 000 bis 8 000, werde immer noch nicht als Beruf anerkannt. Das ergebe Nachteile bei der sozialen Absicherung und der medizinischen Versorgung.

Ilse Ridder-Melchers (SPD), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, sah den Haushalt als deutliches Zeichen aktiver Frauenförderung. Viel neues Geld sei hinzugekommen, auch in anderen Haushalten. Die Regionalstellen würden dringend benötigt, sie bedeuteten den Frauen vor Ort viel. Das Netzwerk behinderter Frauen sei eine Selbstorganisation, bei der die Betroffenen selbst zu entscheiden hätten. Es gehe um Menschenwürde, nicht um eine Spielwiese. Das Projekt „Tagesmütter“ sei gut eingeschlagen. Betriebe finanzierten erstmals mit. Für Nachfolgeprojekte solle es eine Landesinitiative und eine Öffentlichkeitskampagne geben, damit noch mehr Arbeitgeber mitmachten.

Stellenpläne

Über die Stellenpläne in allen Ressorts debattierten die Experten des Unterausschusses Personal. Der Personalhaushalt wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen einschließlich ihrer Änderungsanträge angenommen.

Peter Bensmann (CDU), Vorsitzender des Unterausschusses Personal, bemängelte, die vom Finanzminister selbst festgelegte Grenzmarke von 50 Prozent werde mit der Personalsteuerquote von 50,7 überschritten, besonders dramatisch stiegen die Aufwendungen für Versorgungsempfänger. Die CDU fordere dringend Entscheidungen und einen Gesetzentwurf im Bundesrat ein. Wenn nicht bald Vorsorge für die Pensionslasten getroffen werde, bekomme man das nicht mehr in den Griff. Personalabbau in der aufgeblähten Ministerialbürokratie finde nur sehr schleppend statt. Von 8.424 k.w.-Stellen seien nur 1163 realisiert. Die rot-grüne Koalition blähe weiter auf: 2 neue Minister, vier weitere B-10-Staatssekretärsstellen, jetzt eine weitere B-4-Stelle. Dreist sei auch die Personalpolitik der Grünen: Härtefallkommission sechs, Migrationsreferat vier, Schwulen- und Lesbenreferat zwei Planstellen jetzt, vier später. Landeszentrum für Zuwanderung: 1996 vier, 1997 sechs, 1998 drei Stellen und eine B-10-Stelle in der Landesvertretung. Einen Bürgerbeauftragten habe das Parlament noch gar nicht beschlossen, da gebe es schon große Anzeigen und über tausend Bewerbungen. Die CDU fordere, die Zahl der Ministerien von zwölf auf acht zu verringern, die Mittelinstanzen zu bündeln und die Justizvollzugsämter aufzulösen.

Ernst-Martin Walsken (SPD) antwortete, die B-10-Stelle des Regierungssprechers stelle einen Zustand wieder her, der vor zehn Jahren gewesen sei. Ministerien aufzulösen, heiße nur, Aufgaben zu verlagern und spare höchstens Personal in den Z-Abteilungen. Viele kleine Häuser könnten auch effizienter sein. Im Haushaltsplan seien erstmals die Versorgungslasten den Einzelplänen zugeordnet. Das sei ein wichtiges Signal. 50 Prozent der Steuereinnahmen für Personalkosten einschließlich der Versorgungslasten seien eine gute Marge. Eine Gesetzesinitiative sei Sache der Bundesregierung. Nach den Organisationsuntersuchungen könnten neue Stellen nur erwirtschaftet und neue Aufgaben nur wahrgenommen werden, wenn die Aufgabenkri-

tik ernst genommen und durchgeführt werde. 50 Stellen für integrativen Unterricht, 30 neue Fachhochschulprofessuren und 139 Verlängerungen von kw-Vermerken seien keine leichte Operation gewesen.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) räumte ein, der Abgang von 395 bei insgesamt 345 000 Stellen seien nur 0,1 Prozent und eine gewisse Schiefelage, da 647 weniger beamteten Hilfskräften und 288 weniger Arbeitern 336 neue Planstellen gegenüberstünden. Hinzu kämen auch 204 Angestellte. Es solle nicht unten zuerst gespart werden. Bei niedrig bewerteten Tätigkeiten liege der Schwerpunkt der Massenerwerbslosigkeit. Schwerpunkt der Personalpolitik der Koalition seien Bildung und Wissenschaft. Auf Drängen der Grünen seien 30 C-2- und C-3-Stellen an Fachhochschulen sowie neun Professuren für Frauenforschung geschaffen worden. Weitere Stellen aus den Koalitionsvereinbarungen müßten durch Umschichtungen erwirtschaftet werden. Für 4,3 Millionen Erwerbslose trage die CDU die Hauptverantwortung. Auch das Gerede vom schlanken Staat führe dazu, daß immer mehr Menschen auf der Straße stünden. Das Land könne nur bedingt gegensteuern. Der öffentliche Dienst sei ein wichtiger Arbeitgeber. Nur umweltverträgliche Arbeitsplätze versprächen nachhaltige Beschäftigung.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) stimmte zu, daß auch der öffentliche Dienst Verpflichtungen eingehen müsse bei den Arbeitslosen, aber er könne keine nennenswerte Arbeitsmarktpolitik leisten. Er könne nur sichere Arbeitsplätze bieten. Das sei die Ausnahme. Bei der Ausbildung müsse zugelegt werden. Tarifverhandlungen stünden immer vor der Gesetzgebung. Das könne auch einmal anders sein. NRW werde den Bundesgesetzgeber im Versorgungsbe- reich vernünftig begleiten. Kreditfinanzierte Pensionsrückstellungen seien Augenwischerei. Nur in NRW gebe es eine Personal- ausgabenquote um die 50 Prozent. Das sei ein guter Weg.

Justiz

14 Änderungsanträge hatten die drei Fraktionen zum Einzelplan 04 – Justizministerium – vorgelegt und erörtert. Das Ergebnis der Beratungen faßte der Haushalts- und Finanzausschuß in seiner Beschlußempfehlung und Bericht (Drs. 12/804) zusammen. Entsprechend dieser Empfehlung stimmte das Plenum dem Haushalt des Justizministers in zweiter Lesung zu.

Maria Theresia Opladen (CDU) bedauerte, daß es Opposition und Regierungsfractionen nicht gelungen sei, gemeinsam für eine Modernisierung und für ihre schnelle Umsetzung in der Justiz zu sorgen. „In einer Zeit, in der die einfachsten Dinge nicht mehr umgesetzt werden können, sind wir auch in Zukunft nicht bereit, im Bereich der Rechtspolitik rot-grüne Klientelpolitik zu unterstützen“. Im Moment sei der Stellenwert der Justiz im Kabinett noch nicht hinreichend ersichtlich. Der Haushalt jedenfalls lasse nicht erkennen, wie man mit den vorgeschlagenen Maßnahmen den gestiegenen Aufgaben der Justiz, dem überproportional hohen Arbeitsanfall bei den Gerichten,

mündend in überlange Strafverfahren, unerledigte Verwaltungsstreitverfahren und Terminierungen in Zivilsachen, die schon der Rechtsverweigerung gleichkommen, überfüllten Gefängnissen mit schwieriger Klientel und äußerster Personalnot“ begegnen wolle.

Robert Krumbein-Neumann (SPD) räumte die Belastungssituation der Justiz ein, der aber „für eine sehr, sehr lange Zeit“ nicht mit der in der Vergangenheit üblichen Personalaufstockung zu begegnen sei. Der Redner untersuchte die Ursachen für den wachsenden Arbeitsanfall und machte als Grund vor allem die ausufernde Gesetzgebung des Bundes fest: Die habe zu der massiven Belastung der Landesjustizverwaltung geführt. Er hoffe auf Änderung durch den Bundesrat und mehr Stellenwert für die Justizpolitik bei künftigen Debatten. Als die entscheidende Frage landespolitisch beeinflussbarer Faktoren der Rechtspolitik nannte Krumbein-Neumann, ob es gelingt, „die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Prozeß einer zielgerichteten Organisationsentwicklung zu gewinnen“. Von der Mitwirkung aller am Rechtswesen Beteiligten werde es abhängen, ob die Modernisierung der Justiz gelinge.

Christiane Bainski (GRÜNE) stellte „erfreuliche“ Veränderungen im Etat fest; die umgeschichteten Mittel seien schwerpunktmäßig in der Strafjustiz eingesetzt worden. Die Grünen setzten sich eben stets für „Menschen ein, die keine Lobby haben“. Es sei teuer und vor allem in vielen Fällen ineffektiv, Menschen in Gefängnisse zu sperren; der Mitteleinsatz für intelligentere Sanktionsformen sei eine Investition in die öffentliche Sicherheit und ermögliche straffällig gewordenen Menschen einen besseren Wiedereinstieg in ein Leben ohne Straftaten. Allzuoft werde bei der Kriminalitätsbekämpfung der kriminell gewordene Mensch bekämpft, anstatt die Ursachen zu überwinden.

Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) sah in dem vorliegenden Haushalt eine befriedigende und solide Grundlage für die Lösung aktueller und sich abzeichnender Probleme. Trotz des Auszugs der CDU aus der Haushaltsberatung im Ausschuß biete er weiterhin die Zusammenarbeit an, weil angesichts der Herausforderung die Justiz jeden Verbündeten gut gebrauchen könne. Es gehe im wesentlichen darum, die Qualität der Rechtspflege im Lande zu sichern, diesem Ziel habe alles andere zu dienen. Justiz sei kein Selbstzweck, sondern müsse in den nächsten Jahren immer mehr auch eine Dienstleistungsinstitution des Staates werden. Da halte er den Faktor Zeit bei der Rechtsgewährung für besonders wichtig; daher sei die Arbeit der Justiz zu modernisieren — im Sinne einer Rationalisierung der Arbeit, die den Umfang einer „Runderneuerung“ annehmen müsse, die ohne Stellenvermehrung zu geschehen habe. Es werde sogar mit weniger Personal gehen, „als wir es heute haben“. Behrens: „Wir brauchen künftig nicht mehr Justiz, auch nicht mehr Mitarbeiter, sondern wir brauchen andere Arbeitsweisen, weniger Justiz, eine bessere Justiz und eine modernere Justiz, die ihren Beitrag zu einer verlässlichen Rechtsgewährung am Standort Nordrhein-Westfalen leisten kann.“

Bundes- und Europaangelegenheiten

Zum ersten Mal diskutierte das Plenum des Landtags den Haushalt des nordrhein-westfälischen Europaministeriums. Der Einzelplan 09 — Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten — wurde in zweiter Lesung angenommen.

Ilka Keller (CDU) stellte das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe in der Eine-Welt-Politik heraus; die Union lege weiterhin den Schwerpunkt der Förderung auf Nicht-Regierungsorganisationen „und damit auf das Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger, die in hohem Maße bereit sind, sich einzubringen“. Ihre Fraktion habe drei Änderungsanträge eingebracht: Sie wolle den konkreten Friedensdienst junger Menschen stärker fördern. Zudem sei sie der Meinung, daß die kleinen und ehrenamtlichen Eine-Welt-Organisationen mehr Unterstützung verdienten als die bürokratischen Strukturen sogenannter „Eine-Welt-Promotoren“ — es bringe nichts, neue Planstellen mit Kosten von 1,5 Millionen zu schaffen, von denen man nicht wisse, ob sie ihrem Zweck gerecht werden könnten. Wenn die CDU den Sockelbetrag für diesen Zweck mittrage, dann, weil Koordinierung in kleinerem Rahmen Sinn mache, wenn Eigenbeteiligung und ehrenamtliches Engagement nicht darunter litten.

Erich Heckelmann (SPD) urteilte: „Die Haushaltsansätze des Europaministers sind bescheiden“; dennoch habe man Akzente gesetzt. Im übrigen könne sich die Bedeutung Europas für das Land am Etat 09 nicht allein messen; hinzuzunehmen seien die Haushalte des Wirtschaftsministers, des Arbeitsministers sowie die europäischen Ansätze der anderen Ressorts. Europa werde nur dann gewinnen, wenn die Menschen die Diskussion auf europäischer Ebene mitgeteilt bekommen und sie nachvollziehen könnten. Das habe man im Rahmen der Haushaltsberatung „in aller finanziellen Bescheidenheit im Einzelplan 09 umzusetzen versucht“.

Ute Koczy (GRÜNE) meinte in diesem Zusammenhang, daß das Thema Europa in NRW sehr ernst genommen werde; andererseits sei die Rolle des Landes in Europa zu stärken. Die Grundlagen dazu würden mit dem Etat gelegt, wenn auch vieles noch wachsen müsse. In diesem Jahr sollten 100 000 Mark aufgewendet werden, um die Bürgerinnen und Bürger des Landes über die Veränderungen in Europa besser zu informieren. Denn nur Transparenz in den Entscheidungen mache sie nachvollziehbar.

Europaminister Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) kündigte die selbstbewußte, „aber nicht überhebliche“ Vertretung nordrhein-westfälischer Interessen auf Bundes- und europäischer Ebene durch sein Ministerium an. Die europäische Integration sei nicht nur eine große Idee, sondern sie berge auch eine Reihe von Problemen in sich; da müsse nicht nur die richtige Politik gemacht, sondern auch dafür gesorgt werden, daß die betroffenen Menschen „diese Entscheidungen als die ihren begreifen“. Das sei eine große Verpflichtung, für die der Haushalt eine Reihe von Ansatzpunkten biete.

Landesrechnungshof

Die Änderung bei der Stellenbesetzungssperre sowie die Erhöhung der Gutachtermittel im Landesrechnungshof waren Thema bei den Beratungen des Einzelplans 13, der angenommen wurde.

Michael Thomas Breuer (CDU) erklärte, der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen sei eine selbständige oberste Landesbehörde und als unabhängiges Organ der Finanzkontrolle nur dem Gesetz unterworfen. Seine Fraktion werde dem Einzelplan 13 nicht zustimmen, da sie „die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit schleichend unterhöhlt“ sehe. Der erste Grund dafür sei, daß es eine Änderung bei der Stellenbesetzungssperre gegeben habe. Bislang gebe es zwei Ausnahmen hinsichtlich der Wiederbesetzungssperre. Laut Finanzminister würde das dieses Mal geändert. „Wir halten das, was hier von der Landesregierung vorgeschlagen wird, für falsch.“ Als zweiten Punkt nannte der Abgeordnete die vom Landesrechnungshof beantragte Erhöhung der Gutachtermittel. Es müsse finanziellen Spielraum für weitere Gutachten geben. Breuer begrüßte den Ansatz des Landesrechnungshofs, der hier einen Alternativvorschlag erarbeitet habe.

Walter Grevener (SPD) betonte, die Situation beim Landesrechnungshof habe sich gegenüber den früheren Jahren wesentlich geändert. Durch ein neues Gesetz sei dem Landesrechnungshof ein eigener Behördenunterbau, die Rechnungsprüfungsämter, gegeben worden. Der Landesrechnungshof verfüge nunmehr über 460 Stellen. Deshalb würde die Sonderposition bezüglich der Stellenbesetzung nicht mehr wie bisher gebraucht. Es sei auch nicht so, daß die Stellenbesetzungssperre absolut sei. Mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses könne davon abgewichen werden. Für die Rechnungsprüfung werde in diesem Land 60 Millionen Mark ausgegeben. „Wir sind sicher, daß die Damen und Herren, die im Landesrechnungshof diese Aufgabe wahrnehmen, das mit dieser Dotation auch fertigbringen können.“

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) konnte sich „nicht ernsthaft vorstellen“, daß die Selbständigkeit und die Kontrollrechte des Landesrechnungshofes durch die beiden von der CDU angesprochenen Punkte beeinträchtigt seien. Der Landesrechnungshof werde hier behandelt wie alle anderen Behörden auch. Ausnahme sei der Landtag, das könne man begründen. Bei dem Punkt „selbständige Gutachtenvergabe“ stehe Busch dem Anliegen des Landesrechnungshofes sehr aufgeschlossen gegenüber. „Wir werden im Rahmen der nächsten Haushaltsberatung diesen Punkt behandeln.“ Er sei sich sicher, daß dort Fortschritte erreicht werden.

Umwelt, Raumordnung

Am 14. März setzte der Landtag die Beratung des Etatentwurfs für 1996 in zweiter Lesung fort. Als erster Punkt stand der Einzelplan 10 des Umweltministeriums auf der

Tagesordnung, der in den beiden Blöcken Umwelt, Raumordnung sowie Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz erörtert wurde. Ein Änderungsantrag der CDU zur Abwasserabgabe (Drs. 12/822) wurde abgelehnt, die Beschlußempfehlung (Drs. 12/810) angenommen.

Werner Stump (CDU) zeigte sich enttäuscht, daß der erste rot-grüne Haushaltsentwurf zum Umweltministerium „Konzeptionslosigkeit und arbeitsplatzvernichtende Handlungen“ aufweise. An die Ministerin gerichtet stellte er fest: „Ihr Umweltetat ist ein Offenbarungseid umweltpolitischer Kleinigkeiten — mehr nicht. Sie haben eigentlich nur neue Spielwiesen aufgetan, um Leute ruhigzustellen“. Die eigentlichen Probleme Abfallwirtschaft, Altlastensanierung, Abwasserreinigung und Hochwasserschutz würden nur fortgeschrieben.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) kontierte: „Nur eine von der SPD geprägte Landespolitik ist in der Lage, die Verzahnung von Ökologie und Ökonomie zu erreichen.“ Das bedeute mehr Investitionen, mehr qualitatives Wachstum, mehr Technik statt Ausstieg,

man an der Sanierung der Altlasten weiterarbeiten, das gleiche gelte für das Hochwasserprogramm.

Hans Peter Lindlar (CDU) verwandte sich für das Moratorium. Gerade in der Phase der Konzeption liege das größte Einsparungspotential bei den Gebühren. Die von der Koalition so gelobte Abwasserberatungsstelle komme um fünf Jahre zu spät. Den Bürgern sei die beim Finanzminister angesammelte Abwasserabgabe zurückzugeben, alles andere sei ein „Kernskandal“.

Klaus Strehl (SPD) hielt der CDU „gebetsmühlenartig vorgetragene Überlegungen“ vor. Es stelle keine Lobhudelei vor, wenn man mit der Umweltpolitik des Landes insgesamt zufrieden sei, diese erfolgreiche Politik werde von der Umweltministerin fortgesetzt. Strehl dankte der Ministerin für ihre Arbeit im letzten Jahr und führte zur Abfallpolitik aus, die SPD halte das Lizenzmodell des Altlastensanierungsverbandes nach wie vor für verfassungsgemäß.

Gerd Mai (GRÜNE) sagte mit Blick auf die Planung zu Garzweiler II eine Wende in der



Harte Kontroverse um die Politik für die Landwirtschaft im Lande (v. l.): Werner Stump (CDU), Dr. Bernhard Kasperek (SPD), Gerd Mai (GRÜNE) und Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE).
Fotos: Schälte

„statt Entweder-Oder, Schwarz oder Weiß wie bei der CDU und anderen Fundis“. Die SPD setze weiter auf Kooperation und die mühsame Suche nach dem Interessenausgleich der Notwendigkeit von quantitativem Wachstum und ökologischen Notwendigkeiten.

Gerd Mai (GRÜNE) urteilte: „Der Umweltschutz ist zu einer Stütze für den Standort Nordrhein-Westfalen geworden. Weitere Anstrengungen allein auf diesem Sektor werden auch zu einer höheren Beschäftigung führen.“ Der Weltmarkt für Umwelttechnik weise eine jährliche Steigerungsrate von acht Prozent auf; weltweit werde er auf ein Volumen von 300 Milliarden Mark veranschlagt, wobei auf Deutschland 21 Prozent entfielen. Umweltschutzausgaben gehörten nicht nur in Schönwetterzeiten, „sondern gerade in der jetzigen Zeit ist nicht weniger, sondern mehr Ökologie notwendig, um Innovationsprozesse anzustoßen, Zukunftsmärkte zu erobern“.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) verteidigte die höheren Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums. Sie unterstrich die Kontinuität in der Abfallpolitik und die Abwasserabgabe, wo sie aufgrund der Verhältnisse in einer Eifelgemeinde ein von der CDU gefordertes Moratorium für das ganze Land ablehnte. Mit aller Kraft werde

Energiepolitik voraus, die der Wende in der Abfallpolitik ähnele. Der Stromverbrauch wachse nicht mehr so wie prognostiziert, und in den neuen Ländern arbeiteten die Kraftwerke mit Überkapazitäten.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) bat darum, die Aufgabe des Umsiedlungsbeauftragten im geplanten Abbaugelände Garzweiler II aus der parteipolitischen Diskussion herauszuhalten.

Werner Stump (CDU) wiederholte seine Aussage: „Rot-Grün macht das Land und macht Deutschland fix und fertig.“ Die Menschen wollten Zuversicht und ökologische Politik mit Augenmaß. Den Umsiedlungsbeauftragten habe seine Fraktion immer gewollt, weil er den Menschen helfen müsse.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) wies die Aussage der CDU zurück, die Umweltpolitik der SPD sei gescheitert. Die SPD sei die einzige gewesen, die Ökologie und Ökonomie, Kraftwerkserneuerungsprogramm und vernünftige Energiepolitik der Zukunft betrieben habe.

Bärbel Höhn (GRÜNE) sah keinen Anlaß, daß die CDU dem früheren Landesumweltminister Fehlinvestitionen von einer Milliarde vorwerfe: „Die Politik auf Bundesebene war dafür verantwortlich.“

Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Eckhard Uhlenberg (CDU) sah die Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft durch die Politik der Landesregierung in ernsthafter Gefahr. Die „Klientel“ werde gestreichelt, „aber für 95 Prozent der Betriebe gibt es nur Verunsicherung und Fragen und darauf keine Antworten“. Das seien jene des konventionellen Wirtschaftens. Im Bundesrat werde jede Gelegenheit genutzt, dem Agrarstandort NRW große Probleme zu bereiten. Die Gewinne nordrhein-westfälischer landwirtschaftlicher Betriebe bildeten das Schlußlicht. Der Stellenwert der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes tendiere in der Koalition gegen Null.

Horst Steinkühler (SPD) unterstrich dagegen die Kontinuität im Landwirtschaftshaushalt, die neue Schwerpunkte bei der regionalen Vermarktung setze. Absatzförderung bei heimischen Produkten müsse sich auf Produkte sowohl der Landwirtschaft als auch der Ernährungswirtschaft beziehen. Die Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Landwirtschaft sei weiter zu fördern.

Siegfried Martsch (GRÜNE) rügte, daß die CDU die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft so schlecht mache. Einkommenseinbußen gingen zu Lasten der Bundesregierung, die verstärkt Großbetriebe fördere, damit Steuergelder verschwende und bäuerliche Existenzen wissentlich vernichte. Die CDU solle die Bäuerinnen und Bauern im Lande nicht länger verunsichern.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) sah ein „fest angelegtes Bündnis zwischen Landwirtschaft und grüner Partei“, um für nachfolgende Generationen eine Überlebenschance in der Landwirtschaft zu erhalten. Den Vorwurf der Klientelpolitik wies sie mit Nachdruck als unwahr zurück. Im Lande sei die Landwirtschaftspolitik mit ihrer Mischung aus Kontinuität und neuen Akzenten auf dem richtigen Weg.

Heinrich Kruse (CDU) vermochte Umsteuern nicht zu erkennen, im Gegenteil: Im Landwirtschaftsministerium gebe es keine einheitliche Linie, etwa in der Frage nachwachsender Rohstoffe. Darum und wegen der zersplitterten Zuständigkeit benötige das Land eine Koordinierungsstelle.

Heinrich Dietmar Borchering (SPD) unterstrich die Kontinuität auch im Naturschutz, der in diesem Jahr 6,1 Millionen mehr zur Verfügung habe. Die Arbeit an den gesetzlich vorgeschriebenen Landschaftsplänen sei sicher mühsam, aber letztlich erfolgreich, um die Natur für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.

Silke Mackenthun (GRÜNE) sah in der Direktvermarktung einen „Rettungsanker“ für bäuerliche Betriebe. Die Förderung der Direktvermarktung nehme sich angesichts der Mittel für die Gründungsinitiative des Wirtschaftsministers gering aus, aber sie bedeute für die betroffenen Landwirte eine „Kurskorrektur, die sich gewaschen hat“.

Bärbel Höhn (GRÜNE) kündigte im Naturschutz einen flächendeckenden Biotopverbund an. Im übrigen: „Wir haben die Konzepte. Wir führen sie durch. Das war's.“

Schule und Weiterbildung

Fehlende Lehrstellen, das Programm „Geld statt Stellen“ sowie Integrationsbemühungen bestimmten u. a. die Debatte über den Haushalt des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, der mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die CDU-Opposition angenommen wurde.

Norbert Giltjes (CDU) sagte zum Lehrermangel in NRW, wäre die Mehrheit in diesem Hause seit 1990 den Anträgen der CDU gefolgt, hätte man heute 6 000 Lehrer mehr in den Schulen, und das Problem hätte längst nicht die Brisanz wie im Moment, wo mindestens 10 000 Lehrer fehlten. Die CDU-Fraktion beantrage auch heute eine Ausweitung der Neueinstellungen um tausend. „Wir sind sicher, daß diese Einstellungen durch den Vorgriff auf künftige Pensionierungen möglich sind“, meinte der Abgeordnete. Zum Notprogramm „Geld statt Stellen“, das zur Abdeckung des Unterrichtsbedarfs und der Stellenreserve eingerichtet sei, sagte er, leider sei es nicht nur mit erheblichen Umsetzungsproblemen befrachtet, sondern sogar, wie aus dem Munde der Ministerin zu vernehmen gewesen sei, von Verwirrung begleitet.

Manfred Degen (SPD) erklärte zum Fall der sechsjährigen Grundschule, wenn die CDU den Dialog wieder eröffnen wolle, sei sie herzlich eingeladen. Man habe keine abschließende Festlegung getroffen, sondern gesagt: Wenn die Rahmenbedingungen für einen solchen Schritt besser seien als zur Zeit, dann werde man noch einmal überlegen und die Entscheidung dann aus pädagogischen Gründen treffen. „Dieser Zeitpunkt ist aber noch nicht gegeben“, sagte der Abgeordnete. Im übrigen teilte er mit, das Programm „Geld statt Stellen“, das schnelle Ersatzmaßnahmen für ausgefallenen Unterricht finanzieren solle, sei für das Haushaltsjahr 1996 auf 81 Millionen Mark verdoppelt worden. Für das Schuljahr 1996/97 seien 103,9 Millionen Mark vorgesehen.

Brigitte Schumann (GRÜNE) erinnerte daran, daß es gelungen sei, 50 zusätzliche Stellen für den gemeinsamen Unterricht herauszuholen. Betroffene Eltern freuten sich, daß sie mit diesen 50 Stellen die Sicherheit hätten, daß zum Beispiel eine Eingangsklasse an der Grundschule gemacht werde, wo auch Integration angeboten werde. Diese Sicherheit hätten sie. Oder sie wüßten jetzt, daß ihr Kind in einem Schulversuch an einer Schulform der Sekundarstufe I Hauptschule/Gesamtschule den gemeinsamen Unterricht fortsetzen könne. Die Abgeordnete räumte indessen ein, eines sei klar, es sei kein Ausbauprogramm. Sie unterstrich, allerdings, es gebe bei der SPD-Fraktion eindeutig das gemeinsame Ziel, für die Integration etwas zu erreichen.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) merkte an, wenn mehr als 20 Prozent der Ausgaben des Landeshaushalts auf den Einzelplan 05 entfielen und über 40 Prozent aller vom Landeshaushalt erfaßten Stellen vom Ressort Schule und Weiterbildung beansprucht würden, sage das etwas über Prioritätensetzung aus. Der CDU hielt sie vor, daß sie ein Bild von den Schulen des Landes male, das sie in der Wirklichkeit so



Zwanzig Prozent der Ausgaben des Gesamthaushalts entfallen auf den Schuletat: v. l. Norbert Giltjes (CDU), Manfred Degen (SPD), Brigitte Schumann (GRÜNE) und Schulministerin Gabriele Behler (SPD) Fotos: Schälte

nicht wiederfinden könne. Zu dem Einwurf, wenn es nach der CDU gegangen wäre, hätte man schon 6 000 Lehrer mehr, stellte Frau Behler fest: „Das sind 600 Millionen Mark!“. Sie glaube, man habe im Rahmen dieses Haushaltes gute Zeichen gesetzt, was die berechtigten Erwartungen von Erziehenden im Lande angehe. Der Punkt, gerade auch zur verlässlichen Grundschule von 8 bis 13 Uhr beizutragen, sei nicht zufällig in der Prioritätensetzung ganz nach oben gekommen.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) unterstrich, daß die CDU-Fraktion eine andere Schulpolitik wolle, als sie hier von SPD und Grünen durchgesetzt werde. „Wir wollen bei steigenden Schülerzahlen mehr Lehrer einstellen und treten zugleich für eine Gleichbehandlung der Schulen ein“, sagte der Abgeordnete. Wer das gegliederte Schulsystem erhalten wolle, der dürfe nicht einseitig die Gesamtschulen bevorzugen und zum Beispiel die Hauptschulen vernachlässigen. Man habe deutlich gemacht, daß diese 1 000 Lehrer auch zu finanzieren wären. Das Programm „Geld statt Stellen“ reiche nicht aus.

Hans Frey (SPD) schloß mit einer „mehr allgemeinen Bemerkung“. Wenn man der CDU einmal etwas Positives sagen wolle, müsse man anerkennen, daß sie doch irgendwie zäh sei. Ihre Zähigkeit in diesen Fragen sei unabhängig von tatsächlichem Wissen fast schon bewundernswert. Er glaube, der Grund für dieses Verhalten liege in folgendem: „Ich glaube nämlich, daß der Überlebenswille der CDU in Nordrhein-Westfalen der Sieg der Hoffnung über die Erfahrung ist.“

Christiane Bainski (GRÜNE) betonte, gerade in der Bildungspolitik könnten die Grünen nachweisen, daß es ihnen nicht um blanke Klientelpolitik gehe, sondern um eine gesellschaftspolitische Konzeption. Sie bekräftigte, daß die Gesamtschulen keine privilegierte Schulform seien. Höhere Stellenzuweisungen ergäben sich aus der Ganztagsform. Dieser Zuschlag stehe jeder Schule zu, sofern sie ein Ganztagsangebot durchführe. 18 Prozent der Schüler und Schülerinnen in Hauptschulen gingen zu einer Ganztagschule. Die bekämen den gleichen Zuschlag.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) erklärte in einem weiteren Beitrag „in Richtung CDU-Fraktion“: „Hören Sie doch endlich auf, Diskussionen zu führen, die so alt sind, daß sie schon mehr als nur lange Bärte bekommen haben.“

Wissenschaft, Forschung

Während die Steigerungsrate des Landeshaushaltes bei 1,3 Prozent liegt, soll der Wissenschaftshaushalt um 3,3 Prozent wachsen. Der Einzelplan 06 des Wissenschaftsministeriums wurde mit den Stimmen der Koalition gegen die CDU-Opposition angenommen.

Manfred Kuhmichel (CDU) sagte, die CDU wolle schon heute mit Blick auf die Vorbereitungen zum Haushalt 1997 eine baldige konzentrierte Aktion zwischen Wissenschaftsministerium, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Politik anmahnen. Es gelte dabei, die von allen Hochschulen eingeforderte Planungssicherheit bei Mitteln und Stellen herzustellen sowie die Auslastungsprobleme und angedachte Schwerpunktbildungen in der Hochschulstruktur zu erörtern. Darüber hinaus sei es dringend geboten, die unterschiedlichen Aufgabestellungen und Profile von Universitäten und Fachhochschulen und ihr konstruktives und partnerschaftliches Zusammenwirken vor dem Hintergrund einer modernen innovativen und effektiven Wissenschafts- und Forschungspolitik in NRW offen und fair zu diskutieren und zu definieren.

Dietrich Kessel (SPD) erklärte, mit dem Entwurf zum Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung habe die Landesregierung deutlich gemacht, daß Wissenschaft und Forschung in NRW Priorität hätten. Während die Steigerungsrate des Landeshaushaltes bei 1,3 Prozent liege, solle der Wissenschaftshaushalt um 3,3 Prozent wachsen. Es sei in besonderem Maße der Wissenschaftshaushalt, der von den Umschichtungen innerhalb des Landeshaushalts profitiere. Man wolle die Voraussetzungen für Innovationen an den Hochschulen verbessern. Man wolle die Hochschulen in die Lage versetzen, sich verstärkt an der ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes zu beteiligen.

Ingrid Fitzek (GRÜNE), Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses, betonte, die Reform von Studium und Lehre, die nachdrückliche Förderung von Frauen im Wissenschaftsbereich sowie die Förderung einer auf ökologische und soziale Fragestellungen ausgerichtete Forschungstätigkeit seien zentrale Elemente einer zukunftsorientierten Wissenschaftspolitik für NRW. Der Regierungsentwurf für den Wissenschafts-

haushalt habe ein Volumen von gut acht Milliarden Mark. Davon entfielen auf die Hochschulen etwa 4,8 Milliarden Mark. Das entspreche einer Steigerung um 5,3 Prozent gegenüber 1995. Wie ihr Vorredner wie auch Frau Fitzek darauf hin, daß der Entwurf des Einzelplans insgesamt um 3,3 Prozent gestiegen sei.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) setzte sich dafür ein, die Motivation an den Hochschulen zu stärken. Eines der wesentlichen Mittel dazu sei, nicht nur einfach mehr Geld, sondern die Einräumung von Spielräumen für die Gestaltung eigener Aktivitäten. „Das haben wir in der letzten Zeit ganz stark gemacht“, sagte die Ministerin. Seit 1992 habe man das Projekt „Hochschule und Finanzautonomie“ vorantreiben können, zunächst mit zwei Hochschulmodellen in Wuppertal und Bochum. Im vergangenen Jahr sei es auf alle Universitäten und Fachhochschulen ausgedehnt worden, ab diesem Jahr auch auf alle Kunsthochschulen. Die Hochschulen hätten im Lande NRW so große Spielräume wie in keinem anderen Bundesland. Sie hätten die Freiheit, selbstverantwortlich mit den Mitteln umzugehen. Frau Brunn unterstrich ferner, daß der Fachhochschulausbau nicht gestoppt sei.

Innenministerium

Der Einzelplan 03 — Innenministerium — mit einem Ausgabevolumen von 7,8 Milliarden Mark wurde nach der 2. Lesung gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Heinz Paus (CDU) nutzte seine Redezeit zu einer ersten Bilanz der Koalitionspolitik zur inneren Sicherheit. Der Innenminister habe, anders als sein eher schönredender Vorgänger, mit der aufgeschlüsselten Kriminalstatistik die Dinge beim Namen genannt. 56 Prozent ausländische Extremisten bei politisch motivierten Gewalttaten zeigten Aufgaben für die Ausländerämter. Auch dessen deutlichere Akzente bei gewalttätigen Kurden Demonstrationen unterschieden sich erfreulich. In der Koalitionsvereinbarung sei von der ständig steigenden Kriminalität keine Rede. Die Bürger erwarteten einen starken Staat und den Schutz der ausreichend ausgestatteten Polizei. Statt dessen werde der Polizei per Gesetz verboten, Ausländer und Gleichgeschlechtliche zu diskriminieren, was das Grundgesetz ohnehin gebiete. Die neue „Härtefallkommission“ sei eine öffentliche Ohrfeige für das Parlament, da von Behörden, Gerichten und Petitionsausschuß geprüfte Fälle noch einmal geprüft werden sollten. Wenn das Schule mache, müsse es in jedem Ressort eine Härtefallkommission geben. Das mache keinen Sinn und sei rechtswidrig.

Stefan Frechen (SPD) warf Paus vor, einen Landtagskollegen als Gesinnungsfreund der PKK diffamiert zu haben. Die Ausbreitung erhöhter Ausländerkriminalität diene nicht der Integration. Das Diskriminierungsverbot werde in allen Berufsgruppen eingeführt. Im Innenhaushalt gebe es nur im neu dazugekommenen Bereich Asyl Zuwächse. Bei Polizei und innerer Sicherheit sei im Haushalt der vergangenen Jahre ein gewaltiger Sprung nach vorn getan worden. Bei der sehr wichtigen Verwaltungsmodernisierung sei die Hauptaufgabe noch zu leisten, Stich-

wort: Mittelinstanzen. Die SPD wolle die Bezirksregierungen beibehalten. Bei regional organisierten Verwaltungen würden Landtagsaufgaben abgegeben. Für den Herbst stehe die Evaluierung der Polizeiorganisation an.

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE) hielt das Diskriminierungsverbot im Polizeigesetz für vorbildlich und eine Art Gütezeichen für demokratische Kultur. Durch Änderungen des Polizeigesetzes werde die Zentralisierung der Bereitschaftspolizei fortgesetzt. Sie könne bei Großveranstaltungen eingesetzt

Albert Leifert (CDU) bezifferte die im Gesetz vorgesehenen Verbesserungen auf 500 Millionen Mark. Ausgaben in Höhe von 289 Millionen Mark, die bisher aus dem Landshaushalt getätigt worden seien, würden nun aus dem Steueranteil der Kommunen finanziert. Die drei Prozent mehr Schlüsselzuweisungen seien im Prinzip willkürlich. Neue Sondertöpfe seien aufgemacht worden, etwa 84 Millionen Mark für ländliche Ausgleichsstockgemeinden. Aus Gemeindegeld würden Übungsleiter bezahlt, die früher aus dem Sporthaushalt gekommen seien, ebenso Hochwasser- und Erdbebenhilfen.



Die Sorgen der Gemeindefinanzen waren Thema der Aussprache, v. l. Albert Leifert (CDU), Jürgen Thulke (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD). Fotos: Schälte

und ihre Verfügbarkeit vor Ort besser genutzt werden. Künftig sollten mehr Angestellte den Polizeidienst versehen. Bestimmte Zielgruppen seien besonders von Gewalt betroffen. Ein besonderer Haushaltsbetrag diene etwa der Prävention gegen antischwule Gewalt. Auch 4,5 Millionen für die soziale Betreuung von Flüchtlingen seien ermutigend. Der Flüchtlingsrat brauche dringend eine Geschäftsstelle. Auch die Anhebung der Betreuungspauschale werde begrüßt und trage zur sozialen Stabilisierung der Flüchtlinge bei.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) bedauerte, daß mit den Zahlen der unter allen Innenministern einvernehmlichen Form der Kriminalstatistik polemisiert werde. Bei der Evaluierung der Polizeiorganisation dürfe die belastungsbezogene Kräfteverteilung nicht zur Vernachlässigung der eigentlichen Aufgaben der Polizei führen. Daher habe er für Entzerrung der Umsetzung gesorgt. Mit der Härtefallkommission würden menschliche Entscheidungen ermöglicht. Zum Haushalt vermisse er CDU-Anträge zu höherer Polizeipräsenz. Bei dem Neubau der Fortbildungsakademie in Herne gehe es auch um Solaranlagen und ein wichtiges Projekt. Die CDU-Vertreterin im Innenausschuß habe das befürwortet, die CDU-Fraktion im Haushaltsausschuß jedoch die Streichung beantragt.

Gemeindefinanzierung

Das Gemeindefinanzierungsgesetz 1996 wurde nach der 2. Lesung mit der Ausschlußempfehlung gegen die Stimmen der CDU angenommen und an den Haushaltsausschuß zurücküberwiesen.

Auch die zentralen Ausländerbehörden würden den Kommunen aufgebürdet. Die Umsetzung des IFO-Gutachtens komme 1996 zu früh. Wer in den nächsten Jahren viel ausbebe, bekomme in zehn Jahren auch viel. Die CDU wolle mehr Finanzmittel für alle Kommunen und ein Milliardeninvestitions- und Schuldentlastungsprogramm für Land und Gemeinden.

Jürgen Thulke (SPD) vermißte CDU-Anträge, die Konsequenzen aus der Anhörung erkennen ließen. Die Opposition habe gestaltend nicht mitgewirkt. Die Berechnung der Hauptansatzstapel und die Sprungstelle 150 000 Einwohner bei der Steuerkraftermittlung seien nicht verfassungskonform gewesen. Zum IFO-Gutachten und zu seiner Umsetzung habe der Innenminister eine Kommission Vorschläge erarbeiten lassen. Die SPD wolle die Reform in drei Schritten durchführen. In der zweiten Stufe werde die Sprungstelle 150 000 Einwohner noch beibehalten, die Hebesätze jedoch angenähert und der Ausgleichssatz auf 90 Prozent abgesenkt. 1998 solle die Sprungstelle abgeschafft und ein einheitlicher fiktiver Hebesatz eingeführt werden. Die Weiterentwicklung des Arbeitslosenansatzes zu einem Soziallastenansatz solle geprüft werden. Daß es auf lange Sicht Begünstigte und weniger Begünstigte geben werde, liege in der Sache. In 1997 werde ein Verlustausgleich von einem Drittel vorgenommen und durch einen Strukturfonds die Anpassung erleichtert. Bei den wenigen Änderungsanträgen seien die Koalitionsfraktionen den Spitzenverbänden gefolgt. Die Änderung der Gemeindeordnung zu leichterem wirtschaftlicher Betätigung der Gemeinden sei nicht aufgenommen worden. Die CDU-Anträge seien nicht akzeptabel.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) sah mehr Gerechtigkeit, objektive und verlässliche Datengrundlagen und Perspektiven im neuen Finanzausgleich gewährleistet. Der Blick auf sachgerechte Verteilung sei durch die IFO-Tabelle etwas getrübt gewesen. Die jetzige Vorlage variere die Gutachter-Vorschläge und berücksichtige Einwände, um das Modell tragfähig und mehrheitsfähig zu machen. Ähnlich gründliche Beratungen wie hier seien auch anderen Politikbereichen zu wünschen. Die höhere Berücksichtigung der Folgekosten durch Arbeitslosigkeit sei man den Kommunen schuldig. Zum Strukturansatz gebe es Prüfaufträge. Nicht bestreitbare Standortnachteile für Städte und Gemeinden müßten durch Sonderzuweisungen ausgeglichen werden. Mit fiktiven unterdurchschnittlichen Hebesätzen in der Endstufe werde den Einwänden des kreisangehörigen Raums Rechnung getragen. Aus ökologischen Gründen sei es nicht richtig, kostbare Flächen in ländlichen Regionen durch niedrige Hebesätze unter Wert zu nutzen. Die neuen Befragungen seien den Grünen ein Dorn im Auge. 106 Millionen Mark davon wollten sie in 1996 entfrachten, seien jedoch bei der SPD auf Granit gestoßen. In 1997 solle die Frage neu angepackt werden.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) lobte die Rede des CDU-Experten als bemerkenswert gut. Die Konsequenz im Antrag, die Schlüsselzuweisungen um 340 Millionen Mark zu erhöhen, verschweige jedoch den Ansatz dafür im Entwurf. Die Kurorte-, Schülerfahrtkosten- und die Abwassergebührenhilfe zu kürzen, gehe am GFG völlig vorbei. Das Ökologieprogramm Emscher-Lippe wolle die CDU streichen und 665 Millionen Mark für das Emscher-Seseke-Programm den allgemeinen Abwasserhilfen zuweisen. Gerade in Europas längster offener Vorflut gebe es dringenden Handlungsbedarf. Die Verlagerung in die Einzelpläne bringe den Kämmerern nicht eine Mark mehr. Auf die Alternative der CDU bei der Umsetzung des IFO-Gutachtens 1997 sei er gespannt.

Albert Leifert (CDU) erklärte, eine Doppelförderung für Abwasserbeseitigung wie bei Emscher-Seseke könne nicht rechtens sein, wenn man die Kosten mit anderen Gebieten vergleiche. Wenn Investitionspauschale, dann für alle. Bei der Stadterneuerung ziehe die Koalition ungedeckte Wechsel auf die Zukunft. Das Geld für die Krankenhausinvestitionen der Kommunen solle aus dem Landeshaushalt gegeben und dafür die allgemeine Investitionspauschale erhöht werden. Nach der letzten Stufe der Umsetzung des IFO-Gutachtens werde über gewisse Regionen eine Welle von Steuererhöhungen hinweggehen, das sei Gift für den Wirtschaftsstandort und die Arbeitsplätze.

Walter Grevenor (SPD) bedauerte, daß die CDU an der Umsetzung des Gutachtens nicht mitgewirkt habe. Anstatt das Ergebnis anzuerkennen, wiederhole der CDU-Sprecher die Argumente. Immer wieder einen Gegensatz zwischen dem ländlichen Raum und dem Ruhrgebiet herzustellen, sei schädlich. An der Emscher habe der Bergbau Brachen hinterlassen, die endlich beseitigt werden müßten. Die SPD werde ihrer Verpflichtung dem Ballungsraum gegenüber, von dessen Vorteilen wir lange gelebt hätten, gerecht werden und die Verpflichtung

gegenüber dem ländlichen Raum beachten. Eine Front aufzubauen, sei falsch.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) sah Abwälzung von Lasten auf die Kommunen durch den Bund. Anstatt die Gewerbesteuer zu revitalisieren, etwa durch Hinzunahme der Freiberufler, nehme die CDU den Kommunen diese Einnahmequelle weg. Diese Politik höhle die Gemeinden aus.

Stadtentwicklung

Entsprechend der Beschlußempfehlung Drs. 12/815 wurde der Etat des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport (Einzelplan 15) nach Debatte über die drei Ressortbereiche mit den Stimmen der Koalition, bei Gegenvotum der CDU, in zweiter Lesung angenommen.

Siegfried Zellig (CDU) äußerte generelle Bedenken zur Struktur des Ministeriums und sah erhöhten Koordinierungsbedarf mit anderen Ressorts der Landesregierung. Er fragte nach dem Stand der angekündigten Baulandinitiative, denn es sei eines der Hauptprobleme für den Wohnungsbau, „daß nicht ausreichend preiswertes Wohnland zur Verfügung steht“. Darum müsse die Initiative dringend gestartet werden; schon bei einem Preis von 200 Mark pro Quadratmeter sei sozialer Wohnungsbau nicht mehr darstellbar. Es sei sehr zu begrüßen, daß das Ministerium sich verstärkt den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf zuwenden wolle. Auch auf die Maßnahmen des angekündigten Städtebauprogramms sei man sehr gespannt.

Adolf Retz (SPD) sah es anders: „Die Zusammenfassung von Wohnen, Arbeit, Kultur und Sport in unseren Städten und Gemeinden ist die zentrale Aufgabe für die Gesellschafts- und Strukturpolitik und auch für die Funktionsfähigkeit in unserem Lande“. Der Einzeletat 15 bleibe darum eine unverzichtbare Aufgabe für den ökologischen und ökonomischen Strukturwandel im Lande, die knappen Mittel müßten nur noch zielgenauer eingesetzt werden. In der Städtebaupolitik gelte das Prinzip der Kontinuität besonders, was aber neue Akzente nicht ausschließe.

Hedwig Tarnor (GRÜNE) unterstrich den Ansatz „eine ökologische Stadtentwicklung mit einem ökonomischen Strukturwandel, sozialen Aspekten sowie beschäftigungspolitischen und kulturellen Initiativen zu verbinden“. Ziel der Stadtentwicklungspolitik müsse die Stadt der kurzen Wege sein. Größte Herausforderung sei die Bedrohung der Innenstädte durch immer neue Verbrauchermärkte auf der grünen Wiese. Der Etat stelle Mittel zur Verkehrswende in den Städten bereit, es würden zusammen mit der Wirtschaft gemeinsame Strategien für den inneren Güterverkehr (City-Logistik) gefördert. Insgesamt sei der Haushalt eine gute Basis für eine künftige gemeinsame Zusammenarbeit.

Stadtentwicklungsministerin Ilse Brusis (SPD) sah es als nicht statthaft an, den Bereich ihres Ministeriums auf die Flächenpolitik für den Wohnungsbau zu verkürzen. Die Stadtentwicklungspolitik der Landesregierung Sorge für eine Infrastruktur, „die den Bürgerinnen und Bürgern soziale und kultu-

relle Lebensqualität bringt und die die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen sichert“. Als herausragendstes Beispiel der Städtebaupolitik des Landes nannte sie die Internationale Bauausstellung Emscher-Park, die weltweit Beachtung finde und wo 1999 die Schlußpräsentation stattfinden werde.

Kultur

Richard Blömer (CDU) vermißte wegweisende Ideen anstelle der allgemeinen Absichtserklärungen und den Bekundungen zur ständigen Dialogbereitschaft seitens der Ministerin. Derweil rissen die Schreckensmeldungen aus dem Bereiche der Kultur nicht ab: Etatkürzungen, Subventionsabbau, Bibliothekssterben seien nur einige Stichworte. Kulturpolitik sei sicher nicht alleinige Aufgabe des Landes, aber es müsse hier nach Auffassung seiner Fraktion Signalfunktionen übernehmen. Gemeinsam mit allen Verantwortlichen müßten tragfähige Konzepte zur Sicherung der Grundausstattung des kulturellen Angebots, vor allem in den Kommunen, geschaffen werden. Blömer wandte sich erneut kritisch gegen die regionale Kulturförderung die damit verbundene Aufblähung des Verwaltungsapparats.

Manfred Böcker (SPD) vermochte die geschilderte kulturelle Wüste im kommunalen Bereich nicht zu erkennen: „Nach wie vor haben wir die dichteste, lebhafteste und lebendigste Kulturlandschaft weit und breit.“ In Zukunft werde man darüber nachdenken müssen, „wo denn die Schwerpunkte einer landeseigenen Kulturpolitik liegen“. Dabei müßten die Kommunen ihren Part mitspielen, betonte Böcker. Die regionale Kulturförderung werde auf den Weg gebracht und solle gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten neue Anstöße geben und die regionalen Kräfte in der Kultur stärken sowie die Identifikation der Menschen mit ihrer Kulturlandschaft fördern.

Brigitte Schumann (GRÜNE) erwartete, daß Frauenkulturförderung, erstmals als Titel im Etat verankert, als neuer Bestandteil rot-grüner Politik nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. Auch sie sah die Notwendigkeit zu klären, welche Rolle das Land für die Sicherung der kulturellen Grundversorgung in den Gemeinden zu spielen habe. Regionalisierung müsse es auch bei der Kinder- und Jugendkulturarbeit geben, forderte sie und stellte bei SPD und Grünen einen großen Vorrat an Gemeinsamkeiten fest, nur bei der Umsetzung hapere es bisweilen.

Ministerin Ilse Brusis (SPD) unterstrich, das Land könne nicht ersetzen, was zu tun Kommunen nicht mehr in der Lage seien. Daß dem so ist, sei Folge der Belastungen der Gemeinden durch die Bundespolitik. In der Landeskulturpolitik könne es nicht um die vielgerühmte Gießkanne von Zuschüssen gehen, sondern, „daß wir fördernd und anregend wirken, daß wir überregionale Aufgaben und überregionale Einrichtungen unterstützen und daß wir versuchen, dauerhafte Strukturen in der Kultur zu entwickeln“. Der Kulturhaushalt könne sich sehen lassen und sei eine gute Grundlage für das, was sich die Landesregierung zu tun vorgenommen habe.

Sport

Dr. Annemarie Schraps (CDU) erklärte, Sport sei bei dieser Regierung nur eine „Randerscheinung“; sie betreibe eine „schlafte Sportpolitik: Übungsleiterzuschüsse würden nicht wie von der CDU beantragt erhöht, Vereinen im Wettbewerb mit Volkshochschulen und Krankenkassen nicht der Rücken gestärkt, und der Schulsport werde völlig vernachlässigt. Im Sportstättenbau werde gespart, kurz: „Dieser Sporthaushalt stagniert. Er bedeutet Rückschritt.“

Dr. Hans Kraft (SPD) wies diese Einschätzung zurück als „Beitrag zum Ritual der rhetorischen Rabulistik“. Der Sportetat zeige keinen Rückschritt, sondern sei leicht erhöht worden — „das ist ein Riesenerfolg“, für den er der Koalition herzlich danke. Er, Kraft, habe aus dem Bereich des Sports keine Stimme zu hören bekommen, die unterstützt hätte, daß Sport ein Randbereich der Politik dieser Landesregierung sei.

Gerd Mai (GRÜNE) betonte die kritische Distanz seiner Fraktion zu den Sportverbänden und zum Landessportbund: Diese hätten kein Monopol auf den Sport; auch private Anbieter von Spielen und Sport hätten ihre Berechtigung. Die Verbände hätten zudem immer noch einen zu großen Einfluß auf die Lehrpläne für den Sportunterricht. Die Politik wäre gut beraten, den Wandel im Sport aufzunehmen, „damit wir zu einer modernen Sportpolitik kommen“.

Ministerin Ilse Brusis (SPD) meinte zu den Übungsleiterzuschüssen, man sei stolz auf die 25 Millionen, die auch für diesen Zweck zur Verfügung gestellt würden, das ehrenamtliche Engagement dieser Menschen aber sei „unbezahlbar, und wir sollten dankbar dafür sein, daß es besteht“. In den jetzigen Zeiten könne man nicht Haushaltskonsolidierung fordern, Politik aber so betreiben, daß überall die Mittel aufgestockt würden, wie das die CDU fordere. Man könne stolz darauf sein, „daß wir es geschafft haben, alle substantiellen Positionen des Sports im Landeshaushalt zu erhalten“. Darüber hinaus müsse man sehr viel Kreativität und Phantasie an die zukünftigen Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden und Vereinen herangehen.

Landtag

Entgegen ihrem Votum im Hauptausschuß hat die CDU bei der zweiten Lesung dem Haushalt des Landtags zugestimmt. In einer Klausurtagung wollen nun alle Beteiligten die Umsetzung des KPMG-Gutachtens zur Neuorganisation der Landtagsverwaltung beraten.

Heinz Hardt (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, erklärte, der Landtagspräsident habe die Fraktionsführung von SPD, CDU und GRÜNEN für den 12. März zu einem Gespräch eingeladen gehabt, um über die Umsetzung des vom Landtag in der 11. Wahlperiode in Auftrag gegebenen KPMG-Gutachtens zu beraten. Es seien gemeinsame Lösungsansätze besprochen und eine Klausurtagung vereinbart worden.

Hardt stellte fest: „Die CDU-Fraktion dankt dem Präsidenten für diesen vereinbarten Weg. Sie wird konstruktiv mitarbeiten. Die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion im Hauptausschuß ist durch diesen Vorgang hinfällig. Wir stimmen dem Einzelplan 01 in zweiter Lesung zu.“

Birgit Fischer (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, führte aus, der Einzelplan 01 sei die Arbeitsgrundlage für das Parlament, für die Landtagsverwaltung, für die Fraktionen und für die einzelnen Abgeordneten. „Ich bin daher froh, daß die CDU nach den stattgefundenen Gesprächen und nach der Klärung, die dort gefunden worden ist, inzwischen auch sagt, daß sie diesem Haushalt zustimmt.“ Auch die SPD sei daran interessiert, daß bei der Umsetzung des Organisationsgutachtens über die Fraktionen, über den Ältestenrat und über das Präsidium eine politische Begleitung erfolge. Auf jeden Fall werde es notwendig sein, bei diesen Gesprächen auch den Personalrat und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einzube-

zung gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Volkmar Klein (CDU) meinte, das Landesvermögen müsse dort eingesetzt werden, wo es am allernötigsten gebraucht werde. Statt dessen liege es teilweise gebunden, wie beim hohen WestLB-Anteil, wo es nicht nötig sei. Das Vermögen werde zur Entschuldung und für Investitionen gebraucht. Die Regierung gleiche einem Gärtner, der zu wenig Jungpflanzen habe, um seinen Garten zu bestellen, und dem die vielen Ruhebänke nicht hülften. Dieser Gärtner müsse eine Bank verkaufen, um die Zukunft zu bestellen. Der Minister, der das nicht wolle, gebe den Schlachtruf aus: „Keiner verläßt meinen Vorgarten!“ In einem kleinen spießbürgerlichen Vorgarten lasse es sich warm und selbstzufrieden aushalten, im Lande aber wachse zu wenig. „Kommen Sie doch aus diesem Vorgarten heraus!“ forderte er die SPD auf und fuhr fort: „Passen Sie auf, daß Sie nicht am Ende als Gartenzwerg im Vorgarten enden!“ 9,7 Prozent des Landes-



Einvernehmen beim Haushalt des Landtags: v. l. die Parlamentarische Geschäftsführerin sowie die Parlamentarischen Geschäftsführer Heinz Hardt (CDU), Birgit Fischer (SPD) und Dr. Manfred Busch (GRÜNE).

Fotos: Schälte

ziehen. Die SPD stimme dem Einzelplan 01 zu, und man freue sich darüber, daß dies eine gemeinsame Entscheidung sei.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) sagte: „Wir freuen uns darüber, daß die CDU-Fraktion jetzt dem Einzelplan 01 zustimmt vor dem Hintergrund, daß wir ein gemeinsames Beratungsverfahren vereinbart haben, wie wir das KPMG-Gutachten möglichst zügig umsetzen, soweit es von der politischen Schwerpunktsetzung her damit verträglich erscheint. Es ist uns klar, daß wir nicht einfach ein Gutachten eins zu eins umsetzen können, das Gutachter, die nicht in der parlamentarischen Arbeit stehen, entwickelt haben“, folgte der Abgeordnete. Er schloß, hier gebe es erheblichen Anpassungsbedarf, obwohl man von der Grundtendenz her dieses Gutachten als eine sehr geeignete Grundlage betrachte, um in diese Beratungen einzusteigen.

Finanzministerium

Die Einzelpläne 12 — Finanzministerium — und 20 — Allgemeine Finanzverwaltung — mit Ausgaben in Höhe von 313 Millionen und 76,7 Milliarden Mark wurden nach der 2. Le-

shafts müßten für Schuldzinsen ausgegeben werden. Die NRW-Wachstumslücke sei nicht nur ein Problem des Arbeitsmarkts, sondern werde zu einer Einnahmelücke. Von 1992 bis 1995 seien die Steuereinnahmen aller Länder um 25,8, die von NRW leider nur um 8,1 Prozent gestiegen. Beim großen Zukunftsprogramm „Arbeit und Umwelt“ werde nur im Tee herumgerührt. Alte Hüte würden mit neuen Etiketten versehen. Erträge aus Flughafenbeteiligungen wieder in Flughäfen zu investieren, sei sinnvoll, reiche aber nicht.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) antwortete, wenn der Gärtner seine besten Pflanzen verkaufe, werde er den Garten ruinieren. Das CDU-Programm sei Seifenblasen. Geld aus Verkaufseinnahme ausgeben zu wollen, bevor der Verkauf getätigt sei, das seien Luftbuchungen und unseriös. Die SPD werde bis weit über das Jahr 2000 hinaus weder die WestLB noch die Investitionsbank noch andere Töchter verkaufen, weil die Bank wichtige strukturpolitische Aufgaben erfülle. Der Verkauf der Flughafenanteile sei interessanter. Schnellschüsse führten aber zu geringeren Erlösen. Die CDU wolle jetzt, anders als früher, Verkaufserlöse in acht verschiedene Bereiche ohne Konzept als allgemeine Deckung investieren. Das sei bedenklich. Die SPD habe langfristige Konzepte zur Arbeits-



Rechenricks und Umbuchungen oder seriöse Finanzpolitik und richtiges Setzen von Akzenten — die Meinungen zum Etatentwurf gingen weit auseinander (v. l.): Volkmar Klein (CDU), Gisela Meyer-Schiffer (SPD), Dr. Manfred Busch (GRÜNE) und Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD).
Fotos: Schälte

platzsicherung und zur Wirtschaftsförderung. Ihr Garten werde gute, dicke Früchte tragen und mit schönen Pflanzen versehen sein.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) hielt ein Füllhorn von einer Milliarde Mark, die noch gar nicht vereinnahmt seien, für nicht beeindruckend. Ernsthaftige Einsparvorschläge vermisse er. Die CDU-Opposition mache sich nicht die Mühe von Einzelvorschlägen. Auch die Grünen erhofften sich Entlastung des Haushalts durch Vermögensveräußerungen, wollten diese aber erst vereinnahmen und dann ausgeben.

Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD) kritisierte, die CDU hätte die WestLB-Erlöse schon dutzendfach verbraucht. Die Schuldenentwicklung sei in NRW eindeutig weniger dynamisch als beim Bund und in den anderen Ländern. Bei der Neuverschuldung habe sich NRW im Vergleich zum Bund verbessert.

Helmut Diegel (CDU) bezifferte die Haushaltssteigerung in NRW auf 3,7 Prozent. Die Rahmendaten von Schluëßer stimmten nicht mehr, das sei ein schlechtes Signal. Die Investitionsrate zu senken, sei falsch. WestLB-Anteile in Höhe von vier Milliarden Mark nicht anzupacken, seien Nullnummern. Das Programm „Arbeit und Umwelt“ sei im Haushalt nicht zu finden, sondern eine typische rot-grüne Luftnummer. Es gebe dafür keine Mark frisches Geld, sondern nur Umbuchungen. Das seien Rechenricks.

Reinhold Trinius (SPD) warf der CDU vor, das Haushaltsvolumen um 600 Millionen Mark ausweiten zu wollen. Kürzungsvorschläge von 9,8 Millionen Mark seien alles. Die CDU prüfe nicht und schichte keine konsumptiven Ausgaben um. Von den 111 Anträgen sei kaum ein Dutzend übriggeblieben. Die Opposition sei zu ängstlich und zu feige, an konsumptive Ausgaben heranzugehen, um sie in produktive oder investive Ausgaben umzuschichten.

Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD) bezifferte nach den Zahlen des Haushaltsentwurfs die Haushaltssteigerung gegenüber 1995 auf 2,5 Prozent. Da der Länderfinanzausgleich und die Einheitsleistungen ausgeklammert würden, betrage die Steigerung deutlich unter zwei Prozent.

Methadon und Drogen

Die Regeln der qualifizierten Substitutionsbehandlung erlegten dem Arzt Drogensuchttests in angemessener Häufigkeit und unregelmäßigen Zeitabschnitten auf. Die Einhaltung dieser Regeln sei vom Arzt zu dokumentieren. Die Dokumentation sei vom Amtsapotheker gemeinsam mit dem Amtsarzt zu überprüfen. Die Häufigkeit sei gesetzlich und administrativ nicht festgelegt. Die Behandlung selbst habe unter Aufsicht des behandelnden Arztes zu erfolgen. Qualifiziertes ärztliches Hilfspersonal könne ebenfalls in Verantwortung des Arztes das Medikament verabreichen. Über Urinkontrollen hinaus müsse sich der Arzt täglich vom Gesundheitszustand des Patienten überzeugen. Das teilte Gesundheitsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) auf zwei Mündliche CDU-Anfragen zu „Kontrolle des Begebrauchs von Drogen bei der Methadonsubstitution“ und „10 von 25 Drogentoten in Düsseldorf erhielten Methadon“ mit.

Übergangsgehälter nur noch zwei Jahre

Der Änderungsentwurf der CDU zum Landesministergesetz mit dem Ziel, die Ansprüche ausgeschiedener Landesminister auf Übergangsgelder auf zwei Jahre zu begrenzen und mit anderen Einkommen zu verknüpfen (Drs. 12/647) wurde nach erster Lesung an den Hauptausschuß überwiesen. Ruth Hieronymi (CDU) hielt den Vorschlag für glaubwürdig in Zeiten knapper öffentlicher Mittel. Birgit Fischer (SPD) erklärte sich namens der SPD-Fraktion zur Begrenzung des Zeitraums bereit, sah das Verfassungsgebot der Besitzstandswahrung im CDU-Gesetzungsentwurf aber nicht berücksichtigt. Dr. Manfred Busch (GRÜNE) bekundete ebenfalls grundlegenden Konsens beim Entwurfsanliegen und sah erheblichen Klärungsbedarf bei der Anrechnung von privatem Einkommen. Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) sah die Neuregelung als kompliziertes Geflecht an und befürwortete die neue Höchstdauer der Zahlung von Übergangsgeld.

Neuer Großrechner beim Landesamt für Datenverarbeitung kostete 18 Millionen

Zu einer überplanmäßigen Ausgabe im dritten Quartal 1995 gab es, abweichend von sonstiger Gepflogenheit, eine Aussprache im Plenum (Vorlage 12/356). Helmut Diegel (CDU) begründete das mit der Ausgabe von 18 Millionen Mark für einen neuen Rechner beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik ohne Rechtsgrundlage. Das sei ein Verstoß gegen Haushaltsrecht, der zu mißbilligen sei, und stelle einen Wiederholungsfall dar. Stefan Frechen (SPD) berichtete, es habe den Leasingvertrag über den alten Rechner gegeben, der Ende 1994 ausgelaufen wäre. Preiseinbrüche bei Großrechenanlagen hätten eine Wirtschaftlichkeitsberechnung und die günstigere Kaufentscheidung nach sich gezogen. Wegen der Deckung sei die Mitteilung an den Ausschuß so lange ausgeblieben. Es gebe keinen Grund zur Mißbilligung. Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) schilderte die Gegebenheiten bis zum Kauf, den Zwang zum nahtlosen Übergang der Rechenkapazität und hielt den Vorwurf, Parlamentsrecht und Verfassung verletzt zu haben, für dummes Zeug. Allerdings hätte der Finanzminister den Haushaltsausschuß unmittelbar unterrichten müssen. Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD) sah sein Notbewilligungsrecht bei unvorhergesehenen und unabweisbaren Ausgaben durch keine Ausgabenhöhe begrenzt und die Vorwürfe als nicht haltbar an. Der Landtag genehmigte anschließend die vom Finanzminister beantragten Ausgaben und lehnte den Mißbilligungsantrag der CDU ab.

Staatsvertrag über Provinzialversicherung der Rheinprovinz

Der Staatsvertrag zwischen dem Land NRW und Rheinland-Pfalz über die Provinzialversicherungsanstalten der Rheinprovinz (Drs. 12/616) wurde nach der ersten Lesung an den Hauptausschuß überwiesen. Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD) erklärte, wegen des europäischen Binnenmarkts habe der Mantelvertrag für die traditionsreichen Anstalten überarbeitet werden müssen. Sie blieben selbständige öffentlich-rechtliche Versicherungsanstalten und sollten flächendeckend preisgünstigen Versicherungsschutz garantieren. Die beiden Sparkassen- und Giroverbände sollten als Gewährträger einbezogen werden. Winfried Schittges (CDU) stimmte vom Grundsatz her einer Teilveräußerung zu, machte auf sehr unterschiedliche Wertgutachten aufmerksam und lehnte den Ausschluß einer Kapitalgesellschaft als Rechtsform, die „kurzsichtige“ Beschränkung von Kapitalanlagen auf das Geschäftsgebiet und eine Finanzaufsicht durch die Landesregierung ab. Jens Petring (GRÜNE) befürwortete namens seiner Fraktion öffentlich-rechtliche Versicherungsleistungen, hielt den jetzt vorliegenden, durch Rot-Grün erreichten Entwurf für vernünftig und sachgerecht und vermißte darin allerdings Mitbestimmung und Drittebeteiligung von Arbeitnehmervertretern im Verwaltungsrat.

Die 22 Fachausschüsse, der Haushalts- und Finanzausschuß und sein Unterausschuß Personal absolvierten die Haushaltsberatungen in etwa 55 Sitzungen. Sie bewältigten dabei Berge von Unterlagen, die ihnen die Haushaltsexperten der Ministerien, Verbände und Gewerkschaften, soweit sie angehört wurden, und die Referenten der Fraktionen ausgearbeitet hatten. Ungezählte Besprechungen mündeten in Beschlüsse oder werden bei den Haushaltsberatungen 1997 wieder aufgenommen.

Aus den Reihen der Koalitionsfraktionen kamen etwa 155 Änderungswünsche, die sich auf Mehr- oder Minderausgaben in Höhe von 132 Millionen Mark, Änderungen der Verwendungszwecke oder Planstellen bezogen. Die rot-grünen Haushaltsexperten schichteten nach wochenlangen, teils krisengeschüttelten Beratungen rund 127 Millionen Mark zugunsten von Arbeitsplätzen und Investitionen, 60 Millionen für sozialpolitische Initiativen, Gleichstellung und Minderheiten und rund 27 Millionen für Wissenschaft, Bildung, Kultur und Multikulturelles um. Zur Deckung der Mehransätze kürzten die Koalitionsfraktionen bei: Flughäfen, Straßenbau, Zuschüssen, Abwassermaßnahmen und Verwaltungsausgaben. Ferner beschlossen sie, 100 Millionen Mark aus der Allgemeinen Rücklage zu entnehmen. Sie bewilligten 50 neue Lehrerstellen für die Integration Behinderter, 30 Professorenstellen für Fachhochschulen, neun Professuren für Frauenforschung „im Vorgriff auf Topfstellen 1997“ und vier Stellen für das Landeszentrum für Zuwanderung, verlängerten 139 „künftig-wegfallend“-Vermerke im Uni-Bereich bis zum Jahr 2000 und brachten zur Deckung 214 zusätzliche kw-Vermerke zum 31.12.1996 aus. Die CDU-Opposition erarbeitete rund 130 Änderungsvorschläge, davon zahlenmäßig die meisten in den Ressorts Arbeit/Gesundheit/Soziales und Kultur. Ihr Gesamtanliegen waren zusätzliche Arbeitsplätze durch höhere Investitionsausgaben und das Vermeiden zusätzlicher Schuldenaufnahme. Dafür wollte sie aus dem Beteiligungsvermögen des Landes einen Erlös von einer Milliarde Mark erzielen und davon das Land mit 400 Millionen Mark „entschulden“, um Schuldzinsen einzusparen, und 600 Millionen Mark für investive Zwecke ausgeben.

Nachlese zu den Haushaltsberatungen

Änderungswünsche der Parlamentarier stießen an enge Grenzen der Landeskasse

Der von Finanzminister Heinz Schleußer am 29. November 1995 im Landtag eingebrachte Entwurf des Landeshaushalts 1996 hat in etwa zwölf Wochen (abzüglich der Weihnachtspause) bis zu seiner Verabschiedung durch die Parlamentsmehrheit am 20. März zahlreiche Änderungen erfahren. Zwar wurde das Gesamtvolumen (einschließlich der Ergänzung vom Februar) mit 87,8 Milliarden Mark, der „Kassenlage“ entsprechend, nur leicht erhöht, ohne daß gemäß dem politischen Willen die Nettoneuverschuldung anstieg. In allen Einzelplänen und im Gemeindefinanzierungsgesetz wurden jedoch nach der Beratung von Anträgen in den Fachausschüssen und im Haushaltsausschuß rund 208 Millionen Mark „bewegt“.

Daneben sollten Mittel in Höhe von 227 Millionen Mark umgeschichtet werden. Zusätzliche, im Haushaltsentwurf noch nicht vorgesehene Landesanteile an EU-Programmen sollten in Höhe von 40 Millionen Mark durch Einsparungen bei den Verwaltungsausgaben erwirtschaftet werden. Außerdem sollte mehr für Forschung und Technologietransfer bewilligt und für Gründungsdarlehen an kleine und mittlere Unternehmen eine Risikokapitalgesellschaft gegründet werden. Mehr sollte es auch geben für Wohneigentum, Hochschul- und Agrar-Investitionen. Nach den CDU-Vorschlägen sollte die Schuldenaufnahme auf 5,3 Milliarden Mark, 700 Millionen Mark weni-

ger als im Koalitionshaushalt, gesenkt werden, wobei auch die Auflösung der Rücklage vorgesehen war.

Alle drei Fraktionen entsprachen mit der Arbeit am Haushaltsentwurf des Finanzministers dem Budgetrecht des Parlaments, das in der zweiten Phase des Haushaltskreislaufs (Aufstellung – Verabschiedung – Vollzug – Kontrolle) geringe Gestaltungsspielräume bei den gesetzlich nicht vorgegebenen Ausgaben bietet. Deutliche Unterschiede in den politischen Gewichtungen der drei Fraktionen lassen sich bei „Peanuts“ ablesen, Änderungsanträgen mit Ausgaben von manchmal nur ein paar tausend Mark.

Arbeit und Umwelt

Die in der Aktuellen Viertelstunde des Haushaltsausschusses am 7. März von der CDU vermißte Etatisierung des als Regierungsschwerpunkt angekündigten Programms „Arbeit und Umwelt“ wurde dem Landtag inzwischen als Vorlage 12/441 mit Datum vom 15. März von den Ressorts Wirtschaft und Umwelt zugeleitet. In der Schlußsitzung des Ausschusses zur 3. Lesung am 15. März hatte Helmut Diegel (CDU) die Vermutung geäußert, daß es sich bei dem Programm um nichts Neues, sondern nur um ein anderes Etikett bisheriger Programme handele.

In der Vorlage der Minister Clement und Höhn vom 15. März wurde der Gesamt-

umfang des Investitionsprogramms „Arbeit und Umwelt“ für die gesamte Wahlperiode auf 13,1 Milliarden Mark beziffert. Aus den Bereichen Technologieförderung und Rationelle Energie von insgesamt 236,3 Millionen Mark werden 112 dem Programm „Arbeit und Umwelt“ in diesem Jahr zugerechnet. Fast der gesamte Ansatz von 1,344 Milliarden Mark für den ÖPNV, genau: 1,28, wurde „Arbeit und Umwelt“ für 1996 zugeschlagen, darunter 60 Millionen Mark Landesmittel für den S-Bahn-Bau sowie 900 Millionen Mark Bundesmittel (Gemeindeverkehrsfinanzierung, Regionalisierung). Aus dem Ressort Bauen und Wohnen sind in diesem Jahr 750 Millionen Mark für „Arbeit und Umwelt“ erklärt. Aus dem Umweltressort sind 520 Millionen Mark für „Arbeit und Umwelt“ relevant.



Beim Treffen der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen, bei dem das Geschäftsjahr 1995 abgeschlossen wurde, referierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Matthiesen (im linken Bild rechts) zum Thema „Koalition in NRW – Chance oder Risiko?“. Die Veranstaltung stand unter der Leitung der langjährigen Vorsitzenden und ehemaligen Justizministerin des Landes NRW, Inge Donnepf (l.) – Die NRW-Parlamentarierinitiative – Pro Biotechnologie – für die die SPD-Abgeordneten Adolf Retz und Dietrich Kessel sowie der CDU-Abgeordnete Manfred Kuhmichel verantwortlich zeichnen, hat im Landtag eine Vortragsveranstaltung mit zwei Wissenschaftlern durchgeführt (Bild rechts). Professor Dr. Christian Wandrey sprach über den „Technologietransfer in der Biotechnologie“, Professor Dr. Hermann Sahn über „Gentechnik, eine wichtige Methode der Biotechnologie“. Christian Wandrey ist Professor in Bonn und Hermann Sahn Lehrstuhlinhaber in Düsseldorf. Beide sind darüber hinaus Direktoren am Institut für Biotechnologie des Forschungszentrums Jülich (KFA) und wurden mehrfach für ihre Forschungen mit Preisen ausgezeichnet. Das Bild zeigt v. l. die SPD-Abgeordneten Hans Kern und Adolf Retz, die Professoren Wandrey und Sahn sowie die CDU-Abgeordneten Angelika Gemkow, Bernd Schulte, Wilhelm Riebinger und Dr. Irmgard Klingbeil.

Fotos: Schälte

Pflegegesetz im Widerstreit der Argumente

Der Landtag hat am 15. März das Gesetz zur Umsetzung des Pflege-Versicherungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (Entwurf der Landesregierung, Drs. 12/194) in Form der Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses (Drs. 12/760) verabschiedet. Die CDU-Fraktion stimmte bei der zweiten Lesung dagegen.

Ina Meise-Laukamp (SPD) sagte: „Wir haben heute die Aufgabe, ein Landespflegegesetz zu verabschieden, welches das beste der Republik sein wird.“ Das Gesetz werde dem berechtigten Anspruch der Betroffenen auf eine gute Versorgungsstruktur und soziale Hilfen gerecht und sei eine größtmögliche finanzielle Entlastung der Gemeinden. Die Einsparungen der Kommunen als Träger der Sozialhilfe lägen nach Schätzungen zwischen 225 Millionen und 1,7 Milliarden – das sei der Gestaltungsrahmen für die Förderung der Investitionskosten der Pflegeeinrichtungen, der sich in finanzschwachen Zeiten „jenseits aller Sozialromantik“ bewege. Die Sprecherin dankte den „Vätern“ der Pflegeversicherung und dem federführenden Sozialministerium; sie erwarte, daß sich der „Pool an Gemeinsamkeiten“ zwischen SPD und Grünen in der Sozialpolitik noch öfter bewähre.

Hermann-Josef Arentz (CDU) konterte: „Leider handelt es sich um eines der schlechtesten und schlimmsten Landespflegegesetze, das voll zu Lasten der Pflegebedürftigen und Kommunen im Lande Nordrhein-Westfalen geht.“ Wer etwas anderes behauptete, sei voreingenommen und einseitig. Arentz dankte dem Bundesarbeitsminister dafür, daß er das Gesetz gegen eine Unzahl von Widerständen durchgesetzt habe. Der Abgeordnete erwähnte die zahlreichen Verbesserungen, die erreicht worden seien und meinte mit Blick auf Düsseldorf, daß das Land die Vereinbarungen nur völlig unzureichend umgesetzt habe. So werde die Finanzierung der Investitionskosten durch staatliche Zuschüsse im Lande nicht sichergestellt. Das führe die betroffenen Menschen in Pflegeeinrichtungen schneller wieder in staatliche Abhängigkeit. Der Entwurf gehe zu Lasten der Kommunen, das Land stelle sich frei.

Daniel Kreutz (GRÜNE) teilte die Ansicht, die gefundene Lösung sei beispielhaft für die

Republik. Es werde ernst gemacht mit dem Slogan „Ambulant vor Stationär“, vom klassischen Pflegeheim finde zugunsten kleinerer Einheiten eine Abkehr statt. Die Interessenvertretung der Betroffenen werde in die Planungen einbezogen. Mit der landesweiten Kampagne gegen das Pflegewohngeld im Lande habe die CDU versucht, von den „Kostenverschiebeentscheidungen“ Bonns abzulenken. Die Union halte an ihrer ideologischen „Heimvorrangspolitik“ fest, was sich auch in ihrer Forderung widerspiegele, das Land solle mit den Landschaftsverbänden die komplette Alte Last übernehmen. In diese Richtung gehe auch das Votum, für die investive Förderung nicht vorrangig die eingesparten Sozialhilfemittel einzusetzen, sondern sie dem Land „aufs Auge zu drücken“.

Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) meinte, es räche sich nun bitter, daß im Zuge der Pflegeversicherung in erster Linie über Finanzierung und Kompensation, viel weniger aber über die Pflegeleistungen gesprochen worden sei. Kurz vor Beginn der zweiten Stufe sei so manches noch unklar, aber der Ausschuß für Fragen der Pflegeversicherung sei bisher nur einmal zusammengetreten; damit werde er von der Bundesregierung zum „Feigenblatt“ degradiert. Die Zusammenarbeit sei auch auf örtlicher Ebene gefragt, denn so lasse sich manche offene Frage im Bundespflegegesetz im Konsens klären. Der Minister schloß mit einem Dank an die Ausschüsse, die bei ihren Beratungen dem Entwurf der Landesregierung eine ganze Reihe wesentlicher Änderungen im Detail hinzugefügt hätten, denen die Landesregierung zustimme.

Georg Gregull (CDU) stellte auf Druck der CDU leichte Verbesserungen im Gesetz fest, die Gesamtnote komme aber über ein „mangelhaft“ nicht hinaus. Die CDU gebe der häuslichen Pflege den Vorrang; aber er, Gregull, halte fest, „daß die großartigen Leistungen in den stationären Einrichtungen unverzichtbar waren und unverzichtbar bleiben werden“. Mit dem Bundespflegegesetz habe die CDU die Reihe ihrer sozialpolitischen Leistungen fortgesetzt und die letzte große Lücke im Sozialsystem geschlossen.

Horst Vöge (SPD) erinnerte daran, daß es der Bund gewesen sei, der festgelegt habe, die Finanzierung über entsprechende Einsparungen durchzuführen. Das Land stelle in den nächsten drei Jahren Finanzmittel von 140 Millionen zur Verfügung, hinzukämen noch 67 Millionen für komplementäre Hilfen.

Auch Regionen als Kulturhauptstadt

Städte und Regionen in NRW sollten nach Ansicht aller Fraktionen nach 2000 die „Kulturhauptstadt Europas“ stellen (Drs. 12/598 und 828).

Werner Jostmeier (CDU) erklärte, für das Jahr 2000 bestünden sehr gute Chancen, daß NRW die Kulturhauptstadt stellen könne. Im künftigen Verfahren sollten nicht nur Städte zum Zuge kommen. Die Kriterien und das Kulturprogramm würden nicht nur auf das Stadtgebiet begrenzt sein, sondern die Region in ihrer kulturellen Gesamtheit solle betrachtet werden.

Claudia Nell-Paul (SPD) sagte, städteübergreifende Konzepte könnten die geringeren finanziellen Spielräume sinnvoll bündeln und im Gesamtergebnis sicherlich einen größeren Effekt haben. Dieser Grundgedanke, nämlich die Regionalisierung, entspreche auch dem Geiste Europas. Aufgrund der Beschlüsse von Maastricht habe die Europäische Union neue Kulturkompetenzen erhalten.

Ute Koczy (GRÜNE) betonte, Kultur sollte nicht auf die Stadtgrenzen beschränkt sein. Sie sage als Lipperin, daß die Kultur nicht auf die Zentren begrenzt sei, sondern auch das Umfeld wesentlich zum kulturellen Leben beitrage. Man plädiere daher dafür, die Auswahlkriterien von den Metropolen auf die Regionen auszudehnen, nicht zuletzt auch, um die Bedeutung der Regionen in Europa zu unterstreichen.

Stadtentwicklungs- und Kulturministerin Ilse Brusis (SPD) sagte, sie sei überzeugt, daß das Land NRW eine ausreichende Zahl von Städten vorweisen könne, die gute Voraussetzungen hätten, in diesen Wettbewerb einzusteigen und den Titel Kulturstadt Europas zu erhalten. Aber sie sei ebenso überzeugt, daß man noch größere Chancen und auch neue Perspektiven hätte, wenn man dieses Programm über die einzelne Stadt hinaus auf die Region ausweiten würde. „Wir haben starke Kulturregionen“, unterstrich die Ministerin. „Ich denke nur an die Rheinschiene, Bonn, Köln, Düsseldorf, Duisburg.“ Sie nannte ferner das Ruhrgebiet, „das eine unserer stärksten Kulturregionen ist“ sowie den Niederrhein und all das, was sich im Hinblick auf die Entwicklung kultureller Identität in den letzten Jahren in Ostwestfalen-Lippe getan habe.

Richard Blömer (CDU) sah auch eine Chance für Westfalen, eine europäische Kulturregion, die mit dem großen Projekt „350 Jahre Westfälischer Friede“ bereits erhebliche Vorarbeit für eine solche Präsentation der Regionen in Europa leiste.

Manfred Böcker (SPD) war sich sicher, daß man in dieser Frage die Unterstützung des Ministers für Europaangelegenheiten bekommen werde. „Denn wer Herr Dammeyer kennt, der weiß, daß er ein überzeugter Europäer und gleichzeitig ein überzeugter Föderalist ist.“

Brigitte Herrmann (GRÜNE) äußerte die Überzeugung, daß die NRW-Kulturregionen bei einem Wettbewerb nicht chancenlos seien. Im vereinten Europa sei es an der Zeit, sich von der Kirchturmpolitik zu verabschieden.



Pro und Contra des nordrhein-westfälischen Wegs bei der Umsetzung des Bundespflegegesetzes (v. l.): Ina Meise-Laukamp (SPD), Hermann-Josef Arentz (CDU), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Minister Dr. Axel Horstmann (SPD).
Fotos: Schälte

Zunächst ging es in der Ausschußsitzung am 15. März um das Programm „Arbeit und Umwelt“. Ausschußvorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) mahnte die Vorlage der Landesregierung an, die rechtzeitig zur 3. Lesung zugesagt gewesen sei. Das Programm sei ein Schwerpunkt der Regierungsarbeit und Eckpfeiler im Haushalt, dem die Opposition ohne Kenntnis dieser Haushaltsansätze nicht zustimmen könne. Die verantwortlichen Minister für Umwelt und für Wirtschaft sollten in den Ausschuß zitiert werden. Diesen Antrag lehnten die SPD und die Grünen ab. Reinhold Trinius (SPD) hielt das Begehren für überflüssig und „Theaterdonner“. Alexandra Landsberg (GRÜNE) sah die eingehende Beratung des Programms im April als ausreichend an, zumal eine Aufstockung von Haushaltsmitteln nicht beabsichtigt sei, sondern es sich um die Bündelung bisheriger Maßnahmen handele.

Bei der Beratung der im Unterausschuß Personal einstimmig befürworteten Anhebung von Stellen im Justizvollzug erklärte Reinhold Trinius (SPD), das Orga-Gutachten zum Justizvollzug werde noch erörtert, ohne Beratung im Kabinett solle es keine Veränderungen geben, die SPD stimme deshalb nicht zu. Peter Bensmann (CDU) sah in der Anhebung von 27 Stellen mit Kosten von rund 70 000 Mark im Haushaltsjahr 1996 keinen Widerspruch zur laufenden Begutachtung. Der Unterausschuß habe einstimmig, abweichend von der Auffassung des Finanzministers, wegen der sehr angestregten Personalsituation ein verkraftbares Signal geben wollen. Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) meldete noch Beratungsbedarf an. Auf Antrag der SPD wurde daraufhin die Sitzung unterbrochen. Nach der Sitzungsunterbrechung wurde die Abstimmung über diese Anträge zurückgestellt. Nach den weiteren Beratungen beantragte die SPD eine weitere Unterbrechung. Eine Stunde später erneuerte Reinhold Trinius (SPD) die Bedenken seiner Fraktion wegen der Auswirkungen auf andere Bereiche der Landesverwaltung. Dr. Bajohr (GRÜNE) bedauerte, daß die SPD den gemeinsamen Beschluß des Unterausschusses nicht mehr mittrage. Anschließend stimmten die Grünen-Vertreter im Ausschuß zusammen mit der CDU für die Annahme der Anträge bei Enthaltungen und

„Antischwule Gewalt“ paßt nicht zu „Wasserleichen-Bergung“

Der Haushaltsausschuß korrigierte in der Sitzung zur 3. Lesung einen neuen Ansatz von 300 000 Mark für „Prävention antischwuler Gewalt“, den der Innenausschuß beim Titel „Geldleistungen an natürliche Personen“ auszubringen beschlossen hatte. Finanzminister Heinz Schleußer hatte darauf aufmerksam gemacht, daß aus dieser Titelgruppe auch die Bergung von Wasserleichen finanziert werde, und eine sachlich korrekte Zuordnung vorgeschlagen. Die Zweckverwendung „Prävention antischwuler Gewalt“ fügte der Ausschuß daraufhin einvernehmlich einem Titel an, der unter anderem zur „Verkehrserziehung, kriminalpolizeiliche Beratung“ bestimmt ist.

Im Haushaltsausschuß kam es zum Eklat Drei Grüne stimmten mit der CDU

Die Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zur 3. Lesung am 15. März mußte wegen Unstimmigkeiten zwischen den Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE mehrmals unterbrochen werden. Sie endete mit einem Eklat, als die Grünen einer von der SPD abgelehnten Gesetzesänderung zur Stellenanhebung im Justizvollzug zusammen mit der CDU zustimmten. Die Änderung wurde — nach der Landesdelegiertenversammlung der Grünen am Wochenende, die sich mehrheitlich für die Fortsetzung der rot-grünen Koalition ausgesprochen hatte — bei der 3. Lesung im Plenum von den Fraktionen der SPD und der GRÜNEN abgelehnt.

Gegenstimmen der SPD. Die im Unterausschuß Personal von allen Fraktionen befürworteten Anträge waren damit angenommen. Zuvor behandelte der Ausschuß weitere Anträge der Fraktionen. Die Koalitionsmehrheit lehnte die CDU-Anträge ab, eine k.w.-Stelle beim Landesrechnungshof zu streichen und Ausnahmen von der Stellenbesetzungssperre beim LRH zuzulassen. Vergeblich setzte sich auch Dr. Renate Düttmann-Braun dafür ein, die Kürzung der Zuschüsse für grenzüberschreitende Maßnahmen wieder rückgängig zu machen. Die Mehrheitsfraktionen hatten 100 000 Mark aus diesem Titel für „europapolitische Veranstaltungen verlagert. Die Oppositionsabgeordnete wies dazu auf die Dringlichkeit von Jugend- und Lehreraustausch gerade im Grenzgebiet zu den Niederlanden und zu Belgien hin. Vorsitzender Dautzenberg kritisierte die für den Alltag in der Euregio Maas-Rhein mit vier ausländischen Sprachgebieten nachteilige Kürzung von Fördermitteln.

Weitere mündlich vorgetragene Anträge der Grünen und der SPD, Verpflichtungsermächtigungen für die Erprobung von Wohnformen für ältere Menschen sowie Hilfen für Wohnungslose zu verlagern und zwei zusätzliche Planstellen für ein Schwulen- und

Lesbenreferat zu bewilligen, nahm die Ausschußmehrheit gegen die Stimmen der CDU an.

Für das Schwulen- und Lesbenreferat im Ressort Arbeit/Gesundheit/Soziales beantragten die Grünen mündlich noch zwei zusätzliche Stellen in den Wertigkeiten eines Ministerialrats/einer Ministerialrätin und einer/s Regierungsamtfrau/mannes. Die beiden Stellen sollten durch Ausscheiden von Personal durch kw-Vermerke zum Jahresende 1996 erwirtschaftet werden. Ernst-Martin Walsken (SPD) forderte, die Einsparung zu präzisieren. Die Grünen-Vertreter im Ausschuß wollten es dem Minister überlassen, an welcher Stelle eingespart werden solle. Auf den Hinweis der SPD, daß der Ausschuß die Einsparung konkret beschließen müsse, zogen sie ihren mündlichen Antrag zurück. Die SPD beantragte daraufhin die beiden neuen Planstellen und zum Ausgleich einen weiteren kw-Vermerk sowie eine Stellenstreichung. Die CDU lehnte erstes ab und stimmte letzterem zu. Beide Anträge wurden vom Ausschuß angenommen. Den gesamten Haushaltsplan nahm der Ausschuß in der geänderten Fassung mit den Stimmen der SPD bei zwei Enthaltungen und einer Zustimmung der Grünen zur 3. Lesung an.



Ihnen verursachte der parlamentarische Fleiß der Landtagsabgeordneten bei den Haushaltsberatungen die meiste Arbeit: den Haushaltsreferenten der drei Fraktionen, v. l. Hans Verheyen (GRÜNE-Fraktion), Jörg Hansen (SPD-Fraktion), Rudolf Take (CDU-Fraktion), nach der Verabschiedung des Haushalts zu Besuch im „Internet-Café“.

Foto: Schälte

Bei Landesstraßenausbau nur noch Abwicklung

Der Verkehrsausschuß behandelte am 20. März den überarbeiteten Entwurf des Bauprogramms 1996 für die Landesstraßen (Vorlage 12/529). Staatssekretär Joachim Westermann erläuterte, zwölf Maßnahmen könnten nicht begonnen

werden. Die anderen Bauvorhaben müßten gestreckt werden. Es gebe nur noch Abwicklung. Günter Langen (CDU) bemerkte, mit der Reduzierung von 24 Maßnahmen sei die „grüne Handschrift“ beim Landesstraßenausbau deutlich geworden. Für Arbeitsplätze und aus ökologischen Gründen wären die ursprünglich mehr veranschlagten 20 Millionen Mark notwendig gewesen.

SPD-Fraktion

SPD-Fraktion verurteilt Kurdenausschreitungen

Die SPD-Landtagsfraktion hat mit aller Schärfe die gewalttätigen Aktionen der kurdischen PKK in Nordrhein-Westfalen verurteilt. Sie ist erschrocken über das Ausmaß der Gewalt von Menschen, die das ihnen gewährte Gastrecht mißbrauchen.

Die SPD-Fraktion dankte der Polizei, die sich den Gewalttätern entgegengestellt hatte. Sie bedauerte, daß Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte während des Einsatzes verletzt wurden. Sie verlangt, daß die Gewalttäter mit aller erforderlichen Härte des Gesetzes bestraft werden. Wer in Deutschland Straftaten begehe, müsse wissen, daß er nach deutschem Recht zur Verantwortung gezogen werde.

Im Landtag hob Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen hervor, daß Kultur und politische Minderheitenrechte des kurdischen Volkes vom türkischen Staat mißachtet werden. Die Türkei müsse das ändern und zu einer neuen Politik gegenüber den Kurden finden. „Aber wir werden nicht dulden, daß in Deutschland eine zweite Front für terroristische Aktionen eröffnet wird,“ unterstrich Matthiesen.

Die PKK habe den berechtigten Anliegen der Kurden schweren Schaden zugefügt. Sie schade allen in Deutschland um Asyl nachsuchenden Menschen, die in ihrer Heimat auf Grund ihrer politischen Überzeugung um Leib und Leben fürchten müßten. „Wenn wir im Fernsehen live die gewalttätigen Aktionen der PKK erleben müssen, nehmen das Rechtsempfinden und das Sicherheitsgefühl der deutschen Bevölkerung schweren Schaden“, erklärte der Fraktionsvorsitzende.

Die allermeisten der 500 000 in Deutschland lebenden Kurden seien friedlich und wollten in Frieden in Deutschland leben. Matthiesen: „Wir fordern die Kurden in Deutschland auf, die PKK zu isolieren und mit den deutschen Behörden zusammenzuarbeiten.“ Nur so könne erreicht werden, daß die berechnete Forderung des kurdischen Volkes nach mehr Autonomie und Einhaltung der Menschenrechte weiterhin die Zustimmung einer großen Bevölkerungsmehrheit in Deutschland finde. Die Gewalttäter dagegen hätten ihr Gastrecht in unserem Land vermisst. Sie müßten nach Recht und Gesetz bestraft und bei schweren Vergehen auch abgeschoben werden.

CDU-Fraktion

Kulturförderung: Ministerin ohne Konzept

„Ein aberwitziges Experiment ist zum Glück gescheitert!“ Mit diesen Worten kommentierte der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW, Richard Blömer, die Abstimmungsniederlage der Kultusministerin im Kulturausschuß des Landtags, als es um die sogenannte „regionalisierte Kulturförderung“ ging. Die Ministerin hatte geplant, den Etat für bestehende Kultureinrichtungen drastisch zu kürzen und statt dessen eine neue Aufgabe „regionalisierte Kulturförderung“ wahrzunehmen. Dafür habe die Ministerin laut Blömer 13,5 Millionen Mark im Haushalt veranschlagt und darüber hinaus für knapp 1 Million Mark jährlich neues Personal einstellen wollen: „Dabei hat sie dem Ausschuß noch nicht einmal ein inhaltliches Konzept vorlegen können.“ Der CDU-Politiker weiter: „Statt die vorhandene kulturelle Substanz des Landes zu sichern und aufzubauen, wollte sich die Ministerin offensichtlich einen Etat schaffen, mit dem sie als Wohltäterin segnend durchs Land ziehen und Geld verteilen könnte, das sie zuvor bestehenden Kultureinrichtungen weggenommen hat.“

Mit Befriedigung registrierte der CDU-Kulturexperte die Tatsache, daß auch Abgeordnete der rot-grünen Koalition einer drastischen Kürzung der Mittel für regionalisierte Kulturförderung zugestimmt und Anträge der CDU auf Sicherung bestehender Kultureinrichtungen, wie etwa der Nordwestdeutschen Philharmonie und der Landesorchester, aufgegriffen habe.

Als „ärgerlichen Schönheitsfehler“ bezeichnete es Blömer aber, daß die Koalition an der geplanten Aufblähung des Personalhaushalts des Ministeriums festgehalten habe und auch unsinnige Projekte wie etwa die Förderung von „Frauenkultur“ und von „soziokulturellen Zentren“ für die bislang noch nicht einmal Konzepte vorlägen, fördern wolle. „Statt konzeptionslos das knappe Geld zu verpulvern, sollten sich Landesregierung und Mehrheitsfraktionen an der Erarbeitung eines Substanzerhaltungsprogramms Kultur beteiligen“, erklärte der CDU-Politiker abschließend.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Friedensinitiative für das kurdische Volk

Die gewaltsamen Aktionen von kurdischen Demonstranten der PKK stellt nach Meinung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine gefährliche Eskalation dar: Den Kopf – im wahrsten Sinne des Wortes – mußten nordrhein-westfälische Polizistinnen und Polizisten hinhalten, die sich in Dortmund trotz tage- und nächtelanger Inanspruchnahme umsichtig und deeskalierend verhalten haben. Ihnen allen wollen wir unseren besonderen Dank aussprechen.

Aber zurück zur PKK. Wenn man die Berichterstattung über die Ausschreitungen des letzten Wochenendes noch einmal Revue passieren läßt und sich die Äußerungen der Politiker von CDU, CSU und FDP vor Augen führt, könnte man den Eindruck gewinnen, die PKK ist die Ursache aller Probleme. Aber genau das Gegenteil ist der Fall: Die PKK ist nicht die Ursache, sondern der Ausdruck eines Problems. Des Problems, daß in der Türkei das kurdische Volk unterdrückt wird, alle kurdischen bzw. pro-kurdischen Parteien und Vereinigungen verboten sind, einem Volk also seine demokratischen Rechte vorenthalten werden.

Würde es in der Türkei Demokratie und Autonomie für die Kurden geben, würde es freie Wahlen geben in denen die PKK mit demokratischen Parteien konkurrieren müßte, sie hätte wahrscheinlich die Rolle, die der PDS in Westdeutschland zufällt.

Solange aber die Bundesregierung die türkische Regierung in ihrer Unterdrückungsstrategie gegenüber dem kurdischen Volk weiterhin unterstützt, und solange das türkische Militär ungehindert marodierend durch die Dörfer ziehen kann, wird der PKK nicht der Boden entzogen, ganz im Gegenteil: Die PKK wird gestärkt.

Denn wer seine Sprache nicht sprechen darf, wer sein Dorf nicht verlassen kann, ohne von den Militärs belästigt zu werden, wer morgens nicht weiß ob abends sein Haus noch steht, oder ob sein Dorf als nächstes niedergebrannt wird, wenn Kinder morgens in der Schule sagen müssen „ich bin stolz, ein Türke zu sein“ ist sehr leicht von einer Organisation beeinflussbar, die den Eindruck vermittelt, als wahre Interessenvertreterin aufzutreten.

Anstatt also dieser Organisation den Boden zu entziehen, wird die PKK zum Symbol des kurdischen Widerstandes hochstilisiert, findet in Europa weit mehr Beachtung als demokratische kurdische Exilparteien.

Deshalb müssen wir uns auch hier in Deutschland fragen: Machen wir die PKK stark? Denn auch wir reden nicht über die demokratischen kurdischen Parteien und Vereinigungen, wir reden und streiten über die PKK!

Wir brauchen aber keine Stammtischparolen, sondern eine politische Lösung, eine politische Friedensinitiative für das kurdische Volk. Dies schulden wir den friedlich in Deutschland lebenden Kurden. Dies müssen wir aber auch im Interesse unseres Rechtsfriedens vorantreiben und ganz besonders im Interesse der Polizeibeamten, die immer wieder ihre Knochen für Probleme hinhalten müssen, die sie nicht zu verantworten haben. Die Stärke des liberalen Rechtsstaats erweist sich nicht in starken Sprüchen, sondern darin, auch in schwierigen Situationen im Rahmen der völlig ausreichenden Gesetze Kurs zu halten.

Nun ist die Bundespolitik am Zug. Und eben nicht mit markigen Sprüchen, sondern mit besonnenen politischen Taten. Dazu gehört, daß die Bundesregierung endlich ihre unkritische Haltung gegenüber der Türkei aufgibt und ihre Waffenlieferungen in dieses Land einstellt. Dazu gehört auch, daß die Regierung und ihr Kanzler ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um zu einer politischen Lösung des Problems zu kommen.

Heinz Schleußer wird 60 Jahre

Der nordrhein-westfälische Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) begeht am 20. April seinen 60. Geburtstag. Der gelernte Facharbeiter war von 1969 bis 1987 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Oberhausen. Der SPD gehört er seit 1957, dem Landtag seit 1975 an. Seit 1982 hat Heinz Schleußer den Vorsitz des SPD-Bezirks Niederrhein inne. Seit 1993 ist er Mitglied des SPD-Parteivorstandes. Von 1969 bis 1988 gehörte er dem Rat seiner Heimatstadt Oberhausen an. Ab 1979 war er dort auch Fraktionsvorsitzender. Im Mai 1988 wurde Schleußer Finanzminister des Landes NRW, im Juni des gleichen Jahres Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundesrates. Im Oktober 1993 übernahm er den Vorsitz des Vorstandes der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Heinz Schleußer (Bild) ist verheiratet und hat fünf Kinder.



LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Wegen der Osterpause erscheint die nächste Ausgabe von „Landtag intern“ erst wieder am 23. April.

Porträt der Woche

„Da möchte ich schon meine Ideen einbringen, und es würde mich sehr freuen, wenn wir möglichst rasch einen guten Wurf hibekämen“, beteuert Marie-Theres Ley und meint damit die geplante Zusammenführung von Kolleg- und berufsbildenden Schulen zu einem neuen System: dem Berufskolleg. Wichtig ist der CDU-Landtagsabgeordneten dabei die Abstimmung mit den Kammern. Angesichts der massiven Probleme auf dem Arbeitsmarkt hält die CDU-Politikerin es für besonders wichtig, die Schulzukunft gemeinsam mit der Industrie und dem Handwerk und nicht an ihnen vorbei zu planen. Als Kölnerin ist Frau Ley an der Kooperation auch deshalb besonders interessiert, weil die Domstadt als Medienzentrum neue Berufsbilder braucht.

Vor neun Monaten ist die heute 56jährige in den Düsseldorfer Landtag eingezogen. Sie bereut den Entschluß nicht. „Zwar ist alles neu und ungewohnt, aber es gefällt mir sehr gut“, erklärt sie. Nachdem es 1990 im ersten Anlauf nicht klappte, ist die Realschullehrerin im Mai letzten Jahres über die Reserveliste in das Landesparlament eingezogen. Antriebsfeder für ihre Kandidatur war übrigens das Schulthema. „Im Landtag bist Du an der Quelle und kannst direkt auf die Schulpolitik Einfluß nehmen“, sagte sich die Mutter von fünf heute bereits erwachsenen Kindern. Tatsächlich sitzt Marie-Theres Ley, ganz wie sie es sich gewünscht hat, seit Juni 1995 im Ausschuß für Schule und Weiterbildung. Sie ist zuständig für die berufsbildenden Schulen. Und weil es so schön zusammenpaßt, und überdies wiederum der Bezug zu Köln gegeben ist, arbeitet die Unionspolitikerin auch im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung mit.

Ein Schulthema hat übrigens vor mehr als 20 Jahren den Anstoß dafür gegeben, daß es Marie-Theres Ley, selber Realschullehrerin, überhaupt in die Politik zog. „Mir reicht es“, hatte sie 1974 gesagt, als die Sozialdemokraten die Kooperative Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen durchdrückten. Konsequenter trat sie als entschiedene Gegnerin dieser Schulform in die CDU ein, um sich gegen die Schulpolitik der Regierung zur Wehr zu setzen.

Erste Station in ihrer politischen Laufbahn war die Frauen-Union. Hier fühlte sie sich besonders gut aufgehoben und verstanden. 1984 übernahm sie in Köln und auch im Bezirk Mittelrhein den Vorsitz der Vereinigung. Mitglied im Rat der Stadt Köln wurde sie 1989. Noch heute bedauert sie ein wenig, daß sie mit dem Einzug in den NRW-Landtag auf ihre Ratsmitgliedschaft verzichten mußte. „1994 hatte ich mei-



Marie-Theres Ley (CDU)

nen Wahlkreis direkt gezogen, da nimmt man nicht leichten Herzens Abschied“, betont die Unionsdame. Während sie aus Inkompatibilitätsgründen auf das Ratsmandat verzichten mußte, mischt Marie-Theres Ley in der Frauen-Union weiter munter mit. Aktuelles Thema: Bundeswehr und Frauen. Die Kölnerin ist strikt gegen ein Pflichtjahr für Frauen, dafür steht sie aber einer grundsätzlichen Öffnung der Bundeswehr auch für Frauen aufgeschlossen gegenüber.

Dabei ist die CDU-Politikerin weder militant noch feministisch angehaucht, sondern schlicht realitätsbezogen. Ihrer Auffassung nach haben die letzten 15 Jahre viel für die Frauen gebracht, wie etwa die Anrechnung von Renten- und Erziehungszeiten. Im Bereich der Teilzeitarbeit, so Marie-Theres Ley, muß die Gesellschaft noch weiter für die Belange der Frauen sensibilisiert werden. Bedingt ist sie auch für die Quote. Bei gleicher Qualifikation sollten Frauen bevorzugt eingestellt werden, sofern nicht besondere Gründe, etwa der Unterhalt von Kindern, für den Mann sprächen. Ley: „Insgesamt muß die Benachteiligung von Frauen im Beruf weiter abgebaut werden.“

Bei soviel Engagement im politischen Bereich bleibt nur wenig Zeit für Hobbys. „Meine liebste Freizeitbeschäftigung ist die Familie“, gesteht die im Vringssveedel geborene Kölnerin, die in der fünften Saison neben dem Karneval auch das Skifahren mag. Wenn etwas Zeit bleibt, liest die CDU-Abgeordnete leidenschaftlich gern, und zwar querbeet alles, was ihr in die Finger kommt – mit Ausnahme von Krimis, das unterscheidet die Christdemokratin von Konrad Adenauer, der ein Krimi-Schmökeler war.

Gerlind Schaidt

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 29. März bis 23. April 1996

- 29.3. **Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU), 61 J.
 30.3. **Marie-Luise Fasse** (CDU), 48 J.
 30.3. **Helmut Diegel** (CDU), 40 J.
 31.3. **Dr. Manfred Dammeyer** (SPD), 57 J.
 31.3. **Ulrich Schmidt** (SPD), 54 J.
 1.4. **Christian Weisbrich** (CDU), 54 J.
 1.4. **Heidemarie Berger** (SPD), 52 J.
 2.4. **Annelie Kever-Henseler** (SPD), 49 J.
 2.4. **Jarka Pazdziora-Merk** (SPD), 47 J.
 4.4. **Gabriele Sikora** (SPD), 46 J.
 6.4. **María Theresia Opladen** (CDU), 48 J.
 7.4. **Bärbel Wischermann** (CDU), 52 J.
 8.4. **Manfred Kuhmichel** (CDU), 53 J.
 8.4. **Johannes Pflug** (SPD), 50 J.
 9.4. **Wolfram Kuschke** (SPD), 46 J.
 16.4. **Elke Talhorst** (SPD), 51 J.
 17.4. **Gisela Ley** (SPD), 56 J.
 19.4. **Wilhelm Riebinger** (CDU), 53 J.
 20.4. **Heinz Schleußer** (SPD), 60 J.
 20.4. **Lothar Hegemann** (CDU), 49 J.
 21.4. **Heinz Hunger** (SPD), 58 J.
 21.4. **Anne-Hanne Siepenkothen** (CDU), 47 J.
 23.4. **Charlotte Kann** (SPD), 59 J.

*

NRW.
50
 JAHRE
 LANDTAG

*

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, und der bayerische Staatsminister **Erwin Huber** (CSU) sind in Salzburg zu Ehrensenatoren der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste ernannt worden. Der Ehrenpräsident der Akademie, Kardinal **Franz König**, begründete die Entscheidung mit der „tiefen Verwurzelung im christlichen Glauben“ der beiden Politiker.

*

Johannes Pflug (SPD), Landtagsabgeordneter, begeht am 8. April seinen 50. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur aus Duisburg war von 1979 bis 1980 Assistent eines Bundestagsabgeordneten. Seit 1984 bei den Stadtwerken seiner Heimatstadt beschäftigt, ist er dort als Abteilungsleiter für Sonderaufgaben des Vorstands und Handlungsbevollmächtigter tätig. Der SPD gehört Johannes Pflug seit 1965 an. Seit 1990 ist er Vorsitzender des Unterbezirks Duisburg und seit 1992 stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Niederrhein. Dem Landtag gehört er seit 1980 an und ist Mitglied der Ausschüsse für Verwaltungsstrukturreform sowie Wissenschaft und Forschung. Pflug ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Kommern war einst reichsherrlich

Im Frühling ist Kommern allemal eine Reise wert. Das Städtchen zieht Besucherinnen und Besucher vor allem wegen des Rheinischen Freilichtmuseums, Landesmuseum für Volkskunde an, das mit seinen 50 Baudenkmalern als Attraktion im Rheinland gilt. Ein Abstecher in den Ort selbst läßt sich damit gut verbinden. Kommern, das zu den vom Land erfaßten „Historischen Ortskernen“ zählt, wurde 1229 erstmals urkundlich erwähnt. Bis 1801 war es Mittelpunkt einer gleichnamigen Reichsherrlichkeit der Herzöge von Arenberg und zugleich Sitz der arenbergischen Landschultheiße. Nach den Befreiungskriegen endete die arenbergische Herrschaft und Kommern fiel an Preußen. Seit 1972 ist es mit 21 anderen ehemals selbständigen Gemeinden zur Stadt Mechernich zusammengeschlossen. Im historischen Ortskern Kommern leben rund 1900 Menschen. Der Ortskern ist in seinen Grundzügen noch so erhalten, wie das Flurbuch von 1770 und die Tranchotkarte von 1808 es darstellen. Maßgeblich für das Erscheinungsbild des Ortes sind Fachwerkbauten des 17. bis 19. Jahrhunderts. Sie zeigen die ganze Breite des Fachwerkbaus vom einfachen zimmermannsmäßigen Ständerbau bis zum reich gestalteten Ziergiebel. Oberhalb des Ortes lag einst die „Reichsfreyherrliche Burg zu Comern“, deren Reste sich heute allerdings nur noch dem Fachmann erschließen.

Paul Hinze, Mitarbeiter in der Geschäftsstelle der SPD-Fraktion von 1952 bis 1971, begeht am 9. April in Düsseldorf seinen 90. Geburtstag. In Dieter Düdings Buch „Zwischen Tradition und Innovation — Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946—1966“ ist Paul Hinze wie auch seine Ehefrau **Trude Hinze** als Zeitzeuge aufgeführt, der in Zeitzeugeninterviews mitgeholfen hat, die Anfänge sozi-

aldemokratischer Politik im Landtag aufzu-

hellen.
 *
Bettina Sokol, bisher Richterin am Verwaltungsgericht Bremen, ist auf Wahlvorschlag der Landesregierung vom Landtag zur neuen Landesbeauftragten für den Datenschutz gewählt worden. Sie tritt die Nachfolge von **Hans Maier-Bode** an, der aus dem Amt ausgeschieden und in den Ruhestand getreten ist.